Angehörigen Info 61

G 10228 D
1. 3. 1991

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Zum Hungerstreik in Spanien

Bis zur Stunde ist uns nur soviel bekannt, daß jetzt alle Gefangenen den Hungerstreik abgebrochen haben. Es gibt bisher noch keine schriftliche Erklärung seitens der Gefangenen oder der Regierung. In einigen Knästen erhalten die Gefangenen die für sie notwendigen — und nach so einem langen Hungerstreik geeigneten — Nahrungsmittel. In anderen dagegen werden die Gefangenen von den Anstaltsleitungen provoziert; so wurde z. B. einem Gefangenen sofort eine Kartoffeltortilla vorgesetzt ...

„El Mundo" brachte über mehrere Tage eine längere Artikelreihe, in der u. a. folgendes berichtet wurde: Der Kommissar der politischen Abteilung der Staatsschutzpolizei hatte Sánchez Casas im Knast besucht und ihm das „Angebot" gemacht, die Gefangenen in vier große Gruppen zusammenzulegen, wenn der Generalsekretär der PCE(r), Arena, die GRAPO auffordern würde, den bewaffneten Kampf einzustellen. Nach Ende des bewaffneten Kampfes wäre es dann möglich, alle Gefangenen in einem Zeitraum von drei bis längstens sechs Jahren freizulassen. Es ist dieselbe Art von „Angebot", die bereits im Sommer letzten Jahres den Gefangenen gemacht wurde.

Die Antwort darauf hatte die GRAPO eigentlich bereits gegeben: Gegen Ende letzter Woche gab es einen Anschlag auf eine Pipeline zwischen Rota und Morón, wo sich zwei US-Basen befinden. „El Mundo", eine spanische Tageszeitung, berichtet, daß die GRAPO bei ihnen telefonisch die Verantwortung übernommen hätten.

Zum Hungerstreik in Frankreich

Im Info Nr. 58 ist die Hungerstreikerklärung des Kampfkomitees der Gefangenen aus Action Directe veröffentlicht worden. Im Hungerstreik gegen die Isolation und für die Zusammenlegung sind Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan. Sie machen eine Hungerstreikkette, d. h. nachdem alle vier zusammen vom 2. 1. 91 bis zum darauffolgenden Sonntag abend im Hungerstreik waren, ist seitdem jeweils eine/r von ihnen für eine Woche im Hungerstreik.

Im Juli 1989 hatte der französische Justizminister die „Normalisierung" ihrer Haftbedingungen angekündigt. Daß die Fakten — die Einrichtung von Spezialabteilungen, die Reduzierung der Kontakte zu anderen Gefangenen auf ein Minimum, die Verschärfung der politischen Zensur usw. — dem widersprechen, geht aus der Hungerstreikerklärung der Gefangenen hervor.

Tatsache ist weiter, daß die Gefängnisdirektion von Fleury-Mérogis — dort sind Joelle und Nathalie — eine Zeitlang Besuche von Nicht-Angehörigen verhindert hat. Nachdem sie mit der Aufrechterhaltung dieser Besuchsverbote nicht durchgekommen ist, verweigert die Gefängnisdirektion Joelle und Nathalie jetzt Besuchszeiten von einer Stunde, obwohl das Gefängnisreglement das vorsieht. Die Besuchszeit ist nur noch eine halbe Stunde. Auch bei Georges Cipriani — der wie Jean-Marc Rouillan in Fresnes ist — wurde der letzte Besuch Anfang Februar von einer Stunde auf eine halbe Stunde verkürzt.

Bei ihren Versuchen, die Besuche bei den vier Gefangenen zu behindern, setzen sie noch andere Mittel ein. Die Besucher sollen abgeschreckt werden. Anfang Februar sind wir — vier aus der BRD, drei von uns hatten gerade Besuch bei den Gefangenen gemacht — an der französisch-deutschen Grenze von der französischen Grenzpolizei gründlich gefilzt worden. Gründlich das heißt: Das Auto wurde von hinten bis vorne durchsucht, sämtliche Gepäckstücke eingehendst kontrolliert, alle mußten sich nackt ausziehen, die Kleidung wurde minutiös untersucht, Schriftstücke — Briefe von den Gefangenen, Besuchserlaubnisse, Flugblätter zum Golfkrieg — wurden kopiert. Als Begründung gaben sie an: Kontrolle auf Rauschgift.

Unmittelbar vor uns hatte ein Auto mit französischem Kennzeichen gehalten, das uns kurz vor der Grenze überholt hatte. Der Fahrer wartete so lange, bis ein Grenzpolizist herauskam (das war ein Deutscher), sprach kurz mit ihm, darauf kam ein französischer Grenzpolizist, mit dem er auch kurz sprach, und fuhr dann davon. In der Grenzwache hielten sich mehrere Polizisten in zivil auf, mit denen wir allerdings nie direkt zu tun hatten.

Alle unsere Fragen und Proteste zu ihren Maßnahmen stießen auf die stereotype Antwort: „Wir haben das Recht dazu."

Türkei: Angehörige und Gefangene im Hungerstreik

Innerhalb von drei Monaten hat es in der Türkei in Istanbul, Ankara und Diyarbakir insgesamt zehn Tote gegeben, die unter Folter ermordet wurden. Die letzten zwei wegen Anti-Kriegsaktivitäten. Einer von ihnen soll sich laut offizieller Version „freiwillig aus dem Fenster gestürzt" haben. Devrimci Sol hat daraufhin die betreffende Polizeistation mit Sprengstoff zerstört und einen verantwortlichen Polizeichef, der als Folterer bekannt war, „mit dem Tode bestraft".

In einer Erklärung hatte Devrimci Sol angekündigt, daß für jeden ermordeten Gefangenen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wieder sind in der Legalität lebende, als Linke bekannte Menschen unter dem Vorwand, an Aktionen von Devrimci Sol beteiligt gewesem zu sein oder Sympathisanten von Devrimci Sol zu sein, festgenommen worden. Sie verweigern kollektiv die Aussage und sind — wie die anderen kürzlich Festgenommenen auch — in einen sofortigen Hungerstreik getreten.

Die Angehörigen von TAYAD (Hilfsverein für die Familien der Inhaftierten und Verurteilten in der Türkei) sind ebenfalls seit dem 14. Februar im Hungerstreik. Der konkrete Auslöser war eine am 14. Februar angekündigte Gerichtsverhandlung wegen der willkürlichen Zwangsschließung des Vereins. Aufgrund eines Tricks waren die Angehörigen ausgeschlossen und war die Verhandlung vertagt worden. Aus Protest begannen die Angehörigen den Hungerstreik. Schickt Protesttelegramme an die Zuständigen in der Regierung (Adressen siehe letztes Angehörigen-Info)!

Einem der Devrimci Sol-Gefangenen, der jahrelang in Istanbul als politischer Gefangener im Knast saß und dem die Todesstrafe drohte, ist die Flucht aus dem Knastkrankenhaus gelungen.

Die türkische Regierung arbeitet an einem neuen Terrorismus-Gesetz. Es ist mit einer Verschärfung und noch weitgehenderer Kriminalisierung der radikalen Bewegung zu rechnen. Der legale Widerstand soll gebrochen werden.

TAYAD-Solidaritätskomitee

Aktuelles aus den Knästen

Brief von Michael Dietiker

Butzbach, den 25. 12. 90

Liebe GenossInnen, seit dem 12. 12. 90 habe ich wieder 23 Stunden Einschluß. Dies sei „als erste Warnung" zu verstehen, infolge meiner „uneinsichtigen" Haltung in bezug auf die in den Knästen herrschende Zwangsarbeit. Vor ca. vier Monaten, gleich am ersten Tag, nachdem die Urteile gegen uns „rechtskräftig" wurden, kamen sie mit nem „Arbeitsangebot", was ich selbstverständlich ablehnte. Nach etwa zwei Monaten mußte ich dann zu ner Einvernahme zum Flügelleiter, dem ich angegeben habe, daß ich grundsätzlich keine

Lohnarbeit im Knast mache. Bis zum besagten 12. 12. habe ich dann nichts mehr gehört. An dem Tag fand „Disziplinarkonferenz" statt, wo diese, für einen Monat gültige, „Disziplinarmaßnahme" gegen mich verhängt wurde.

Daß diese Maßnahme gegen mich verhängt wurde, ist ganz eindeutig von politischer Natur. Nicht weil ich politischer Gefangener bin, vielmehr weil ich einfach konsequent Position beziehe. Ich habe mich umgehört im Knast, trotzdem daß von den ca. 500 Gefangenen etwa 150 nicht arbeiten, wußte eigentlich keiner von einer verhängten Disziplinarmaßnahme in letzter Zeit. Dies hängt damit zusammen, daß die meisten sich bei Jobs derart bewähren, daß, nachdem sie eine Reihe Firmen durchgemacht haben, von keiner mehr gewollt werden. Wer dieses „Spiel" nicht mitmacht, sich klar gegen Knast- bzw. Zwangsarbeit äußert, soll diszipliniert werden. Eine erste Warnung soll heißen, daß sie nach diesem Monat wahrscheinlich mit nem neuen „Arbeitsangebot" kommen, welches ich natürlich wieder ablehnen werde. Sie können dann fortfahren, mich 23 Stunden am Tag einzuschließen, sie können mir aber auch die Zelle leerräumen, bis auf Bett, Schrank, Stuhl und Tisch, sie können mich auch in den Bunker sperren. Wahlweise, kombiniert, was sie grad wollen.

Das ist der „Normalvollzug", den sie „anbieten". Lernen, lesen, schreiben, träumen — die Arbeit, die wir in unseren vereinzelten Löchern machen, sollen wir „eintauschen" gegen Akkordarbeit für 6,50 DM pro Tag. Wer das, was sie „normal" nennen, nicht will, „ist selber schuld". Einkaufssperre, das ist für sie eh selbstverständlich. Da „selbstverschuldet unbeschäftigt", hatte ich keinen Einkauf mehr seit Ende der U-Haft.

Wir wollen unsere Normalität selbst bestimmen — dazu gehört: keine Zwangsarbeit — und vor allem die Zusammenlegung!

Bis zur Freilassung!

Liebe und flammendrote Grüße
Michi

Brief von Luitgard Hornstein

stammheim, 16. 11. 90

hallo, ich will dir jetzt mal aufschreiben, was sich hier in den letzten Wochen abgespielt hat.

am 17. 10. morgens, einen tag vor der kundgebung hier in stammheim, kam der knastpsychologe (jung) zu mir und wollte mich sprechen. als ich meinte, ich wüßte nicht warum, und wer ihn denn schicken würde, meinte er, das würde er mir unter vier augen sagen.

wir gingen dann in eine leerzelle, wo er mir eröffnete, die anstaltsleitung würde ihn schicken, er solle mal mit mir reden. sie würden mich als suicidgefährdet einschätzen, und sie meinten, es gäbe draußen diskussionen, in denen ich aufgefordert würde, mich umzubringen, um zum märtyrer zu werden.

ich habe ihn erstmal blöd angestarrt, denn ich habe ja schon einiges erlebt, aber das ist wirklich ein starkes stück. wer das sagen würde und welche diskussionen er denn meine, fragte ich ihn. er sagte, ich würde ja das angehörigen-info kennen, und dort wären beiträge von unseren angehörigen drin gewesen, die die anstaltsleitung so interpretieren würde. er hätte die auch gelesen und hätte nichts dergleichen daraus lesen können, aber die anstaltsleitung meinte, er sei eben zu naiv, und das sei eine verschlüsselte aufforderung. gemeint waren wohl artikel, in denen sich um das leben der gefangenen gesorgt wurde, nach der pressekampagne besonders gegen einzelne gefangene in der letzten zeit (mit den verfälschten zitaten aus helmuts brief, behauptung der zellensteuerung etc.).

in dem weiteren gespräch habe ich versucht, ihm klarzumachen, daß die ganze unterstellung eine frechheit und vollkommen absurd ist. ich habe aber auch klargemacht, daß ich die geschichte ernst nehme, da aller erfahrung nach solche vorstöße immer die einleitung irgendwelcher maßnahmen gegen gefangene waren.

der psychologe selbst kam sich ziemlich komisch vor, weil er die geschichte auch absurd fand und irgendwelchen wahnvorstellungen entsprungen.

er schlug mir vor, er könne ja aus der geschichte kapital schlagen, indem er befürworten würde, daß ich z. b. auf eine gemeinschaftszelle gelegt würde.

ich habe ihm gesagt, daß er verrückt ist, daß mir das schadet, daß ich das nicht will, sie genau wissen, daß ich die zusammenlegung will und daß an ihren behauptungen ganz und gar nichts dran ist.

eine weitere einschätzung war dann, daß der jetzige anstaltsleiter rehring, der herrmann abgelöst hat, direkt aus dem jumi kommt und nur vorübergehend hier ist, sich absichern will, damit in seiner amtszeit hier nichts passiert, was einen karriereknick geben könnte.

die theorie halte ich für unwahrscheinlich, da die ganze geschichte sicher nicht allein auf seinem mist gewachsen ist.

ich habe die ganze sache dann erstmal auf sich beruhen lassen. zu brigitte wurde er nicht geschickt, nur zu mir. ich dachte, es könne auch mit der diskussion um den 18. 10. zu tun gehabt haben.

heute dann, 16. 11., tanzte er wieder hier an mit derselben geschichte. er sei wieder geschickt worden, schon vor zwei wochen sei es an ihn rangetragen worden, er solle nochmal mit mir sprechen, und er hätte es sich so lange überlegt. offensichtlich war er vorher aber noch mit den neuesten informationen aus den letzten tagen gefüttert worden. die anstaltsleitung wäre immer noch der meinung, ich sei suicidgefährdet, und jetzt wäre ausdrücklich gesagt worden, daß das ganze vom jumi (Justizministerium) kommt (er nannte böller oder so, staatssekretär oder vize, direkt unter eyrich kommt der). rehring stellte es also so dar, als sei er auch nur der von oben beauftragte.

im angehörigen-info wären weiter artikel erschienen, die die heutige situation mit 77 vergleichen und eine ermordung von gefangenen für möglich halten. das ganze würde sich auch immer auf stammheim beziehen, warum sie meinten, es ginge an meine adresse als aufforderung.

außerdem wäre da noch das bevorstehende urteil im prozeß, wo man sich gedanken machen würde, wie ich darauf reagieren werde. durch unsere gespräche an der tür und am fenster hätten sie mitbekommen, daß ich wohl eine optimistische einschätzung hätte, jumi und al (Anstaltsleitung) mit der verurteilung rechnen und für den fall überlegen, was sie dann mit mir machen, bzw. an maßnahmen überlegen. er selbst wüßte nicht viel über den prozeß, nur aus juristenkreisen, daß es nicht schlecht aussehen würde, er sei aber der meinung, daß sie dort unten nicht so einen aufwand betreiben würden, um nachher zuzugeben, daß sie sich geirrt haben.

die einschätzung von jumi und al ist natürlich nur so zu interpretieren, daß sie schon wissen, was beim urteil rauskommen wird. auf meine frage, welche maßnahmen das seien, meinte er, sie würden überlegen, mich auf eine gemeinschaftszelle zu legen, das hätte er mir doch schon das letzte mal gesagt. darauf sagte ich ihm, er hätte mir das letztes mal als seine idee erzählt und nicht als überlegung der anstaltsleitung. er meinte, sie würden das überlegen, um sich abzusichern, er wisse auch, daß das zu einer eskalation führen würde, wenn ich mich weigere, und dann in den bunker komme, wie andere gefangene in solchen fällen auch ... (das war vielleicht eine geschickt versteckte drohung, die er an mich weitergeben sollte). und er würde versuchen, sie davon abzubringen, aber auf ihn würden sie ja nicht hören.

nach dem letzten gespräch hätte er einen vermerk geschrieben, daß er keine anhaltspunkte für eine suicidgefährdung sehen würde. das hätte ihnen aber anscheinend nicht gereicht.

ich meinte zu ihm, daß das ganze zum himmel stinkt.

wenn sie meinen, die diskussionen draußen bezögen sich in dieser weise alle auf stammheim, wieso sie dann ihn nur zu mir geschickt hätten und nicht zu brigitte.

wenn sie sich um meine reaktion auf das urteil gedanken machen, wieso sie dann aus heiterem himmel genau einen tag, bevor die urteilsverkündung sein sollte, brigitte wegverlegt haben, so daß ich hier allein bin und damit freie bahn ist.

daß diese sogenannten maßnahmen, um sich abzusichern (gemeinschaftszelle ...), ein angriff gegen mich sind und klar ist, daß sie damit nicht durchkommen werden. daß man seine meinung, sie würden ihn schicken, um sich abzusichern, auch anders auslegen kann: sie sichern sich ab, indem sie eine legende aufbauen.

und daß sie nicht glauben sollten, daß sie jetzt gegen mich hier so ein terrorprogramm durchziehen können.

ich meinte auch noch, daß es eine unverschämtheit ist, wenn sich

Fortsetzung Seite 15

Spezial zum Menschenrechtstribunal, politischen und Kriegsgefangenen — USA

Zum Menschenrechtstribunal in den USA

Vom 10.-12. Dezember 1990 fand in New York im traditionell progressiven Hunter College das „Internationale Tribunal zu Menschenrechtsverletzungen an politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA" statt. Das Tribunal war von der Kampagne „Freedom Now! — Amnesty and Human Rights for Political Prisoners and Prisoners of War" (Freiheit Jetzt! — Amnestie und Menschenrechte für politische Gefangene und Kriegsgefangene) organisiert worden und wurde von einem relativ breiten Bündnis von 90 Organisationen aus der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung, progressiven religiösen Organisationen, Anwaltsvereinigungen, der Bürgerrechtsbewegung sowie dem linken Spektrum der Friedensbewegung und Gruppen aus dem African American Widerstand, der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, dem indianischen Widerstand und dem weißen anti-imperialistischen Widerstand unterstützt.

Hauptziele des Tribunals waren zum einen die Anerkennung der Existenz der über 150 politischen Gefangenen in den USA sowie zum anderen die politische Anerkennung der Widerstands- und Befreiungsbewegungen in den USA und der Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für die inneren Kolonien sowohl innerhalb der US-Bevölkerung als auch international breiter durchzusetzen. Die Anklagepunkte gegen die — abwesende — US-Regierung, die durch die Zeugenaussagen von ehemaligen politischen Gefangenen aus den einzelnen Bewegungen untermauert wurden, reichten vom Vorwurf des Völkermords an der indianischen Nation und der schwarzen Nation über die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die US-Kolonie Puerto Rico bis hin zu den Menschenrechtsverletzungen an den politischen Gefangenen durch Isolationshaft, physische Folter und unzureichende medizinische Versorgung sowie unverhältnismäßig hohe Haftstrafen.

Durch die ZeugInnenaussagen der ehemaligen Gefangenen entstand ein ziemlich umfassendes Bild über die Entwicklung der einzelnen Widerstandsbewegungen in den letzten 20 Jahren — ihre Entstehung, politische Bestimmung und ihre Aktionen — sowie über die staatliche Repression und Verfolgung gegen diese Bewegungen und ihre Gefangenen; die Seite der USA, die sowohl in den USA selbst aber auch international seit Mitte der 80er Jahre totgeschwiegen wird.

Ward Churchill vom American Indian Movement (AIM) berichtete z. B. über das FBI-Aufstandsbekämpfungsprogramm gegen AIM im Zeitraum von 1972-1976. Dabei wurden alleine auf der Pine Ridge Reservation der Lakota-Sioux über 70 Menschen durch paramilitärische Todesschwadrone unter der Leitung des FBI ermordet. Einer der prominentesten AIM-Aktivisten der Reservation, Leonard Peltier, wurde 1977 nach einem Angriff der Nationalgarde auf das AIM-Hauptquartier wegen angeblichen Polizistenmordes zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Er wird seit 13 Jahren in Einzel- und Kleingruppenisolation festgehalten und ist aufgrund der Haftbedingungen an grauem Star erkrankt. Seine Behandlung wird von den Gefängnisbehörden immer wieder hinausgezögert. Peltiers bisherige Revisions- und Berufungsanträge sind ebenso erfolglos geblieben wie die internationalen Solidaritätskampagnen mit der Forderung nach Peltiers sofortiger Freilassung. Unterdessen setzt die US-Regierung die Repression gegen den indianischen Widerstand mit der Kriminalisierung der Land- und Fischereirechtsbewegung fort.

Durch die ZeugInnenaussagen wurde auch deutlich, wie sehr sich die staatlichen Aufstandsbekämpfungsprogramme und -maßnahmen gegen die unterschiedlichen Bewegungen gleichen — dazu gehören u. a. die Kriminalisierung der politischen Forderungen und legalen Organisierung, Spaltung und Medienhetze, Infiltration und agents provocateurs, Massenverhaftungen, Hausdurchsuchungen und Überwachung, teilweise konstruierte Anklagen gegen einzelne, die für die Bewegung wichtig sind, hohe Haftstrafen und Isolationshaft für die Gefangenen. ZeugInnen aus dem African American Widerstand verdeutlichen in ihren Redebeiträgen noch einmal die Zerschlagung der radikalen African American Befreiungsbewegung der 60er und 70er Jahre durch das Aufstandsbekämpfungsprogramm COINTELPRO. In den US-Gefängnissen befinden sich heute 50 ehemalige führende Mitglieder der Black Panther Party und der Black Liberation Army. Einige der schwarzen politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen, die, wie Geronimo Pratt — ein ehemaliger Verteidigungsminister der Black Panther Party an der Westküste —, mit Hilfe von gefälschten Beweisen, gekauften ZeugInnen und einer rassistischen Justiz zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden, beginnen inzwischen ihr drittes Jahrzehnt in Gefangenschaft.

Die ZeugInnen aus dem African American Widerstand machten aber auch deutlich, daß sich das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die gesamte African American Bevölkerung richtet: Drogen — insbesondere Crack —, eine wachsende Zahl von HIV-Infizierten, mangelnde Schulausbildung und Gesundheitsversorgung, eine hohe Arbeitslosenquote (1/3 der African American Community in den USA lebt unter der offiziellen Armutsgrenze), ständige staatliche Repression in schwarzen Wohnvierteln (25 % aller African American Männer im Alter von 20-35 Jahren sitzen entweder im Knast oder sind auf Bewährung), Kriminalisierung von Usern (Drogenkonsumenten) und Beschaffungskriminalität sowie rassistische Medienhetze und Bevölkerungskontrollprogramme u. a. durch die Dreimonatsspritze prägen den Alltag der Mehrheit der 26 Millionen African Americans in den USA.

Insbesondere bei den ZeugInnenaussagen aus dem African American Widerstand wurde deutlich, wie die völlige Zerschlagung der militanten Befreiungsbewegung sämtliche Strukturen und die Kontinuität der Organisierung in der African Community zerstört hat. Für viele der schwarzen politischen Gefangenen heißt das z. B. auch, daß sie seit Jahren kaum Besuche bekommen, die materiellen Ressourcen für AnwältInnen und Revisionsverfahren fehlen und daß es eine politische Diskussion zwischen drinnen und draußen lange nicht mehr gegeben hat. Für den revolutionären African American Widerstand heute bedeuten diese Bedingungen eben auch, daß die Organisierung praktisch völlig neu beginnt — um z. B. schwarzen Jugendlichen überhaupt die Geschichte von Widerstand zu vermitteln und darin eben auch die Gefangenen — und sich vor allem an den Grundbedürfnissen der Menschen und dem Kampf ums Überleben der African American Community orientiert.

Anfang und Mitte der 80er Jahre fielen dann die klandestinen Strukturen der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung und des weißen anti-imperialistischen Widerstands dem Feldzug der Reagan-Administration gegen „nationalen und internationalen Terrorismus" zum Opfer. 40 Mitglieder der klandestinen puertoricanischen Unabhängigkeitsorganisationen FALN (Fuerzas Armadas de Liberacion Nacional — sie kämpfen in den USA) und der „Macheteros" (sie kämpfen in Puerto Rico) wurden wegen „Verschwörung zum Umsturz" oder „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", d. h. ihre Organisierung in der Unabhängigkeitsbewegung, zu 45-70 Jahren Knast verurteilt. Ein Großteil der puertoricanischen Gefangenen fordert den Kriegsgefangenenstatus als Gefangene in einem antikolonialen Befreiungskampf, der aber von den US-Gerichten nicht anerkannt wird, obwohl mehrere UN-Gremien den Kolonialstatus Puerto Ricos verurteilt haben.

Die Kriminalisierung sowohl der legalen Organisationen und Aktivitäten der Unabhängigkeitsbewegung als auch die Repression gegen den — weiterhin existierenden — bewaffneten Arm der Bewegung, die sowohl auf der Insel als auch in der puertoricanischen Community in den USA von vielen unterschiedlichen Menschen unterstützt wird, wird momentan gerade intensiviert, da am 2. 12. 1991 eine Volksabstimmung über den Status von Puerto Rico stattfinden wird.

Am Beispiel der Gefangenen aus dem weißen anti-imperialistischen Widerstand wurde auf dem Tribunal dann auch noch einmal deutlich, wie auch in den USA von einer politischen Justiz die Länge der Haftstrafen nach der politischen Überzeugung der Gefangenen bestimmt wird. So

wurden z. B. Susan Rosenberg und Timothy Blunk wegen Besitzes von einigen Kilogramm Sprengstoff und gefälschten Ausweispapieren ohne konkreten Tatnachweis zu jeweils 58 Jahren Knast ohne Bewährung verurteilt („normalerweise" stehen darauf in den USA drei bis sechs Jahre Knast).

Wie in der BRD werden auch in den USA alle politischen Gefangenen in Hochsicherheitsknästen isoliert. Viele Gefangene sind aufgrund der Haftbedingungen und langer Zeiträume von Einzel- und Kleingruppenisolation krank. Aber auch in den USA wird kranken und haftunfähigen politischen Gefangenen ohne Abschwören und Kollaboration — oder massiven öffentlichen Druck — die medizinische Behandlung entweder verweigert oder hinausgezögert, und eine vorzeitige Entlassung wegen Haftunfähigkeit gibt es für politische Gefangene grundsätzlich nicht.

Die Einzelheiten aus den ZeugInnenaussagen hier genau wiederzugeben, geht alleine schon aus Platzgründen nicht (außerdem gibt es demnächst ja auch eine Dokumentation der Aussagen auf deutsch von der „gruppe 2" in München). Vielleicht noch was zur Struktur und politischen Bestimmung des Tribunals.

Das Tribuanl war ziemlich juristisch / legalistisch strukturiert: Eine Richterjury von acht internationalen AnwältInnen aus Ghana, Puerto Rico, Großbritannien, Palästina, Australien, USA, Chile und der BRD (Norman Paech aus Hamburg) hörte sich zwei Tage lang die ZeugInnenaussagen an, um dann nach eintägiger Beratung das Urteil gegen die US-Regierung zu fällen. Diese Struktur machte eine Beteiligung der fast 1000 sehr unterschiedlichen TeilnehmerInnen des Tribunals — AktivistInnen aus den einzelnen Prozeßgruppen und Widerstandsbewegungen, schwarze und puertoricanische Jugendliche, weiße StudentInnen und viele Menschen, die ganz neu mit der Geschichte von Repression und der Situation der Gefangenen konfrontiert wurden — unmöglich, und die geplanten Workshops, darunter auch einer zum Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r), fielen aufgrund von Zeitmangel aus. Das Urteil will Freedom Now! bei internationalen Gremien wie der UNO-Menschenrechtskommission in Genf vorlegen, um eine internationale Verurteilung der US-Regierung aufgrund von Menschenrechtsverletzungen durchzusetzen bzw. zumindest die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Situation der politischen Gefangenen durch die UNO-Menschenrechtskommission durchzusetzen.

Der Hauptschwerpunkt der ZeugInnenaussagen war eindeutig Repression und Haftbedingungen. Eine Diskussion um die Perspektiven für die einzelnen Bewegungen oder Möglichkeiten der Organisierung für einen revolutionären Widerstand gab es auf dem Tribunal nicht. Und auch die Diskussion um die politischen Perspektiven, wie die Forderung nach der Freiheit der Gefangenen dann auch durchgesetzt werden und breiter verankert werden kann, fand nur in Ansätzen statt.

Eine Perspektive, die auf dem Tribunal diskutiert und angesprochen wurde, ist die Forderung nach der Freilassung der politischen Gefangenen, insbesondere aus dem schwarzen, puertoricanischen und indianischen Widerstand, im Zusammenhang mit 1992 und der auch in den USA beginnenden Organisierung gegen die offiziellen Feierlichkeiten.

Für 1991 will Freedom Now! sich auf drei Gefangene, deren Leben akut bedroht sind — Mumia Abu-Jamal, Alan Berkman und Basheer Hameed (BLA) — konzentrieren, Öffentlichkeitsarbeit zu ihrer Situation machen und versuchen, durch politischen Druck ihre Freilassung bzw. eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen zu erreichen. Dabei geht es wohl vor allem darum, innerhalb der linksliberalen Öffentlichkeit überhaupt erst einmal Informationen über die Existenz und die Situation der politischen Gefangenen zu verbreiten — etwas, das auch durch das Tribunal nicht gelungen ist. Das Tribunal hat in den USA selbst keine Presse bekommen (bis auf zwei linksradikale Zeitungen), und es wird wohl noch eine Weile darum gehen, erst einmal Strukturen in den einzelnen Städten und eine bessere Vernetzung zwischen den einzelnen Gruppen, die Arbeit zu den politischen Gefangenen machen, aufzubauen.

Einige US-amerikanische GenossInnen schätzten es aber auch schon als politischen Erfolg ein, daß nach fast zehn Jahren politischer Defensive und Verfolgung die einzelnen Bewegungen überhaupt wieder zusammengekommen sind, die jeweiligen Erfahrungen vermittelt haben und jetzt versuchen, zu den Gefangenen eine gemeinsame Initiative zu entwickeln. Für die US-amerikanischen GenossInnen ist das Tribunal ein ganz wichtiger Anfang von einer gemeinsamen Diskussion und möglicherweise gemeinsamen Handlungsperspektiven in der nächsten Zeit gewesen — ein Versuch, die Zersplitterung, Isolation und Sprachlosigkeit der einzelnen Widerstandsbewegungen zu beenden. Für sie war es auch ziemlich ermutigend, daß mehr und mehr African American und weiße StudentInnen anfangen, den Gefangenen zu schreiben, sie zu besuchen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und praktische Öffentlichkeitsarbeit an den Schulen und Unis zu den Gefangenen zu machen — und eben auch zum Tribunal gekommen sind.

Spannend waren neben den ZeugInnenaussagen auch die Videointerviews mit verschiedenen Gefangenen, die während der Pausen gezeigt wurden. Es macht einfach einen totalen Unterschied, die Gefangenen — wenn auch nicht direkt — sehen und hören zu können. Es gab im übrigen total viele Papiere von den einzelnen Prozeßgruppen zur Situation der jeweiligen Gefangenen, die dann demnächst auch in Westberlin archiviert werden sollen. Von den Gefangenen selbst gab es keinen direkten Beitrag beim Tribunal, aber Freedom Now!-VertreterInnen haben vor dem Tribunal in verschiedenen Knästen mit den Gefangenen über die Bestimmung des Tribunals und vor allem der Anklageschrift diskutiert.

Das Tribunal ist jetzt fast zwei Monate her, und was jetzt am meisten im Kopf ist, sind Gespräche mit einzelnen Menschen während des Tribunals, bei denen es auch immer wieder darum ging, wie wir uns gegenseitig mehr und intensiver mitkriegen können. Und jetzt natürlich der Golfkrieg — durch den US-Angriff auf den Irak hat sich die Situation in den USA auch innenpolitisch ziemlich verändert. Vielleicht schafft es Freedom Now!, die Forderung nach der Freiheit der politischen Gefangenen zum Thema auch in der breiteren Anti-Kriegsbewegung zu machen — das wäre jedenfalls ein riesiger Fortschritt.

Und es gibt dazu schon einige Ansätze, z. B. daß Dhoruba Bin-Wahad bei einer Anti-Kriegsdemonstration am 19. 1. 1991 vor 50000 Menschen in Washington DC über die Situation der politischen Gefangenen und die Forderung nach Freiheit geredet hat.

P. S.: Am letzten Tag gab es dann noch einen Workshop zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD, Japan, Großbritannien und Honduras. Außerdem gab es noch „Tribunal-BeobachterInnen" aus den Niederlanden und Kanada.

Auszüge aus dem Urteil, Schuldspruch des Menschenrechtstribunals

Vorbemerkung: Das Urteil und der Schuldspruch des Tribunals umfassen (im englischen Text) 26 Seiten. Diese gliedern sich in acht Kapitel:
I. Konstituierung des Tribunals,
II. Übersicht über seine Ergebnisse,
III. Das Selbstbestimmungsrecht (mit den Unterkapiteln „Native Americans" (Indianer), Puertorikaner, Schwarze, Mexikaner-Chicanos),
IV. Puertorikanische Kriegsgefangene,
V. Weiße Nordamerikaner in Opposition zur US-Regierungspolitik,
VI. Kriminalisierung und Verweigerung der Herrschaft des Rechts
VII. Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung,
VIII. Schuldspruch. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus den Kapiteln I und III sowie den vollständigen Schuldspruch.

»1. Konstituierung des Tribunals

Das Sondertribunal zu Verletzungen der Menschenrechte von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in US-Gefängnissen und Zuchthäusern wurde einberufen von 88 fördernden und befürwortenden Organisationen aus allen Teilen der Vereinigten Staaten. Die Mitglieder des Sondertribunals hielten sich an die Rechtssprechung folgend den anerkannten Prinzipien des internationalen Rechts, wie sie von der Weltgemeinschaft angenommen ist und zum Ausdruck kommt in der Charta der Vereinten Nationen, entsprechend den vorhergehenden Grundsätzen des Nürnberger und Tokioer Tribunals . . .

Das Sondertribunal ist kein gesetzliches Gericht, es folgt aber, wie das Bertrand-Russell-Tribunal über den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk, den Prinzipien des anerkannten internationalen Menschenrechts. Artikel 38 der Statuten des Internationalen Gerichtshofs anerkennt die autoritative Wirkung der Ergebnisse eines solchen Tribunals für die üblichen Standards des internationalen Rechts . . .

Das Tribunal ist zufriedengestellt, daß alle angemessenen Schritte von den Anklägern unternommen wurden, um die beschuldigte Regierung und ihre Agenturen über die Natur und die Absichten der Anhörung vor diesem Tribunal zu unterrichten . . . und daß den Beschuldigten jede Gelegenheit gegeben wurde, teilzunehmen und Zeugnis abzugeben . . .

III. 1. Die Native Americans.

Das Tribunal erhielt eine Fülle von Beweisstücken zur Geschichte des Kampfes der indianischen Völker („Native American Peoples") für ihr Recht auf Selbstbestimmung und über den Völkermord an diesen Völkern durch die US-Regierung. Die Geschichte der Beziehungen zwi-

schen den europäischen und eingeborenen amerikanischen Nationen enthüllt den Diebstahl von 99% von deren Land und die Praktiken des Völkermords wie: Krieg, Krankheiten, Alkohol, Aushungern und Dekultivierung, die die eingeborene Bevölkerung von ungefähr 12,5 Millionen auf weniger als 270000 Personen im Jahr 1890 dezimierten . . . Das Tribunal stellt fest: Erstens, die Native Americans sind nach internationalem Recht ein Volk, das für sein Selbstbestimmungsrecht kämpft . . .

III. 3. Schwarze in den USA

. . . Die Organisationen der Schwarzen haben verschiedene Strategien, alle notwendig geworden durch ein System weißer Vorherrschaft, verfolgt, um Freiheit und Gerechtigkeit für ihr Volk zu erreichen. Die gegenwärtigen Hauptstrategien innerhalb der Bewegung der Schwarzen sind der Kampf für eine unabhängige politische Macht und für Formen der kommunalen Kontrolle und Autonomie; einige Gruppen befürworten die Unabhängigkeit einer Nation „Neu-Afrika" . . . Es ist Sache der Schwarzen in den USA, zu entscheiden, welche Strategie überlegen ist und zu wahrem Selbstbestimmungsrecht führen wird . . .

Dem Tribunal wurden Beweismittel ausgehändigt, die beweisen:

(1) daß die Säuglingssterblichkeit für Schwarze doppelt so hoch ist wie für Weiße . . .

(3) Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Schwarzen und Weißen hat sich in letzter Zeit von 5,6 auf 6,2 Jahre erhöht . . .

(4) Die Lebenserwartung eines männlichen Schwarzen über 40 Jahre liegt in Harlem (New York) niedriger als bei gleichaltrigen Männern in Bangladesh . . . (6) Im Stadtgebiet von New York „stirbt eine zunehmend große Zahl von Frauen bereits im gebährfähigen Alter . . . verbunden mit dem Tod von Männern in der gleichen Altersgruppe führt dies zur Zerstörung der Familien und macht Zehntausende von Kindern, die meisten in schwarzen Gebieten mit niedrigen Einkommen, zu Vollwaisen;"

(7) AIDS wird „mehr und mehr zu einer Krankheit der Armen, der Schwarzen und Hispanic-Heterosexuellen in den Innenstädten." Es ist die führende Todesursache für schwarze Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren in New York und New Jersey.

(8) Die Arbeitslosenrate für Schwarze ist doppelt so hoch wie für Weiße, fast 50 % der schwarzen Teenager finden keine Arbeit;

(9) Weiße Familien verdienen 45,5 % mehr als schwarze Familien . . .

Schuldspruch

Basierend auf den oben festgestellten faktischen und legalen Grundlagen erklärt das Sondertribunal:

1) In den Gefängnissen und Zuchthäusern der Vereinigten Staaten gibt es eine beträchtliche Anzahl von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen.

2) Diese Gefangenen wurden inhaftiert wegen ihrer Opposition gegenüber Politiken und Handlungen der US-Regierung, die nach inländischem und internationalem Recht illegal sind, so gegen die Verweigerung des Rechts auf Selbstbestimmung und wegen ihres Widerstands gegen Völkermord, Kolonialismus, Rassismus und Militarismus.

3) Die US-Regierung kriminalisiert und inhaftiert Personen, die am Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Native Americans (Indianer), der Puertorikaner, der Schwarzen und der Mexikaner-Chicano innerhalb der Grenzen der USA aktiv teilnehmen.

4) Diese Personen, die am legitimen Kampf für nationale Befreiung teilnehmen, dürfen nicht als Kriminelle behandelt werden, sondern müssen den Status von Kriegsgefangenen nach dem Zusatzprotokoll I der Genfer Konvention zugestanden bekommen.

5) Die US-Regierung kriminalisiert und inhaftiert auch weiße Nordamerikaner und andere, die in der Solidaritätsarbeit mit den Kämpfen für Selbstbestimmung tätig sind, für Frieden und gegen nukleare Waffen, gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen von Diskriminierung.

6) Das System des Strafvollzugs in den USA wird gegenüber politischen Aktivisten in den USA grausam und diskriminierend angewandt.

7) Der Einsatz von Mitteln wie verdeckter Beobachtung, Infiltration, Geschworenengerichten, vorbeugender Inhaftierung, politisch motivierten Anklagen wegen krimineller Verschwörung, Sonderhaftbedingungen vor dem Gerichtsverfahren und Verfahren vor anonymen Geschworenengerichten beraubt die politischen Aktivisten der durch inländisches und internationales Recht gegebenen Garantie eines fairen Gerichtsverfahrens.

8) Politisch tätige Personen waren Opfer von außergewöhnlich langen Gefängnisstrafen und von Folter, grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung im US-Gefängnissystem.

Ferner fordert das Tribunal die US-Regierung auf:

1) Alle Gefangenen freizulassen, die für die legitime Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung oder wegen ihrer Opposition gegen nach internationalem Recht illegale US-Politik und -Regierungshandlungen inhaftiert wurden.

2) Alle Einmischungen und Repressionen einzustellen gegen politische Bewegungen, die für das Selbstbestimmungsrecht kämpfen oder gegen Politiken und Handlungen, die nach internationalem Recht illegal sind.

Grußadresse an das Menschenrechtstribunal von Gabi Hanka und Sigrid Happe

Aus einem westdeutschen gefängnis möchten wir euch, die ihr zusammengekommen seid auf dem tribunal der Freedom Now!-kampagne, grüßen. Dabei denken wir besonders an die gefangenen revolutionäre in den usa. Auch an alle diejenigen, die nicht dabei sein können, aber für die der kampf für die freiheit und die menschenrechte aller revolutionären gefangenen ein zentraler bestandteil innerhalb der vielfältigen bewegungen für die nationale und soziale revolution geworden ist.

Wir sind im knast frankfurt vier politische gefangene frauen, zwei aus der raf und wir zwei aus dem antiimperialistischen widerstand, jedoch ohne eine wirkliche möglichkeit, zusammen sein zu können. Zwei von uns sind auf einer station, wir beide haben lediglich eine stunde am tag gelegenheit, uns im freien (hofgang) zu sehen.

So und teilweise erheblich schlimmer sieht es für alle politischen gefangenen in diesem land aus. Es gibt gruppen, in denen maximal vier gefangene zusammen sind, die meisten sind allerdings bis heute und z.t. mehr als zehn jahre ganz alleine.

Für uns wie für alle politischen gefangenen ist dieses tribunal ein bedeutendes projekt, das den boden, den wir brauchen, um der verwirklichung unserer ziele näher zu kommen, fester werden läßt.

Gerade in einer situation wie heute, in der die reaktionäre entwicklung neuen treibstoff durch den zusammenbruch der warschauer pakt-staaten bekommen hat und die unterdrückten und ausgebeuteten weltweit mit noch mehr verelendung und repression konfrontiert werden, ist die internationale zusammenarbeit der kämpfenden notwendiger denn je.

Die situation der gefangenen, sei es in den usa, lateinamerika, westeuropa oder im nahen osten, ist überall davon gekennzeichnet, daß sie mit am schärfsten diese entwicklung zu spüren bekommen.

Die möglichkeit von positiven veränderungen für alle revolutionären gefangenen bis zur durchsetzung ihrer freiheit hängt davon ab, wie weit die revolutionären und sozialen bewegungen sich die fähigkeit erobern, in diese entwicklung zu intervenieren, sie umzukehren und somit auch den internationalen menschenrechten zum durchbruch zu verhelfen, oder ob die imperialistischen kernstaaten es schaffen, die politischen und ökonomischen entwicklungen in den nächsten jahren global zu diktieren.

Der austausch von informationen und erfahrungen zwischen den gefangenen und den bewegungen aus den verschiedenen ländern hat schon begonnen.

Verstärken wir diesen prozeß und bauen wirkliche beziehungen für den internationalistischen kampf auf!

Wir hoffen, daß dieses tribunal dazu beiträgt.

Zusammen kämpfen. By any means necessary!
29. 11. 90
Gabi Hanka und Sigrid Happe

Bericht über unsere USA-Reise

Wir, zwei ehemalige politische Gefangene und einer aus der christlichen Initiative für die politische Diskussion mit den Gefangenen in der BRD, wollten das New Yorker Tribunal der Freedom Now!-Kampagne besuchen.

Wir flogen am 4. Dezember los, über London-Heathrow. Dort bekamen wir ein Visum für die USA (das ist ein neues Projekt, das nur für British Airways gilt, wie wir später erfuhren). Als wir um 17.05 Uhr auf dem JFK-Flughafen ankamen, wurden wir — direkt am Flugzeug — schon von der Immigration Police erwartet. Sie stürzten sich gleich auf uns, packten uns rechts und links am Arm, führten uns einen Gang entlang und zerrten dann Moni und mich in einen Nebenausgang.

Dort standen ungefähr sechs Frauen der Immigration Police, die uns sofort durchsuchten. Dabei fanden sie einen Zettel mit Namen/Telefonnummern in den USA und eine Grußadresse von politischen Gefangenen hier an das Tribunal.

Dann sollten wir unser Handgepäck öffnen und alles auspacken.

Kaum hatten wir damit angefangen, als erst eine, dann noch andere Polizistinnen immer hysterischer behaupteten, daß ein merkwürdiger Geruch aus unseren Taschen käme und wir sie bloß wieder zumachen sollten. Sie packten uns dann wieder und brachten uns zu einem leeren Abfertigungsschalter, neben dem ein Glaskasten war. Dort wurden wir von etwa 20 zivilen und uniformierten Polizeiagenten umringt. Einer von denen durchsuchte das Handgepäck, danach legte sich die Panik etwas, sie hörten auch auf, uns ständig festzuhalten. Wir mußten uns in den Glaskasten setzen, in dem uns mehrere Polizisten direkt überwachten, die anderen standen außen drumrum.

In dem Glaskasten wollten sie Fotos von uns machen und prints (Fingerabdrücke — d. Red.) nehmen, was Moni und ich verweigerten. Einer drohte uns an, das mit Gewalt zu tun, es blieb aber bei der Drohung.

Wir wurden nacheinander aus dem Kasten zum Verhör geholt. Um einen Tisch herum saßen fünf Polizeiagenten, einer in der Uniform der Immigration Police, die anderen in zivil. (Wir nehmen an, daß sie von verschiedenen US-Behörden waren: Justizministerium, Geheimdienst ...) Außerdem war noch ein sechster Ziviler im Raum. Sie begannen sofort, mir Fragen zu stellen. Der, der die meisten Fragen stellte und die Antworten notierte, führte hinterher mehrere Telefongespräche.

Nachdem sie die Grußadresse und die Namensliste gefunden hatten, hatten Moni und ich uns kurz darauf verständigt, daß wir jetzt sagen werden, daß wir zu dem Tribunal wollen. Und auch, daß wir überhaupt auf Fragen antworten, weil wir darin die einzige Chance sahen, doch noch in die USA reinzukommen. Natürlich beantworteten wir nur Fragen zu uns und keine, die Leute in den USA betrafen (außer der Aufenthaltsadresse, die man schon bei der Visum-Ausstellung angeben muß).

Mal als Beispiel: Auf die Frage, woher ich von dem Tribunal weiß, sagte ich „aus einer Zeitung".

Sie stellten mir folgende Fragen:

— Name, Geburtsdatum ...
— ob ich schon mal im Knast war
— welches die Anklage war
— um welche „terroristische Vereinigung" es ging
— ob ich verurteilt wurde
— wie lange ich im Knast war
— woher ich Mni und den Christen kenne und wie lange
— was ich in den USA will
— woher ich von dem Tribunal weiß
— wo das Tribunal stattfindet
— wo ich in den USA wohnen werde
— ob ich Leute in den USA kenne
— ob es in den Kreisen, zu denen ich hier Verbindung habe, Amerikaner gibt
— ob ich frühere politische Gefangene aus den USA schon mal hier getroffen habe
— ob ich politisch aktiv bin
— wer unsere Reise finanziert
— was ich zur deutschen Wiedervereinigung denke, wie es mir dazu geht.

Später kam nochmal ein Inspector for Immigration zu uns in den Glaskasten und fragte, ob wir noch irgendwas zu unserer Einreise in die USA sagen wollten. Sie hätten auch noch Fragen zu unserer Vergangenheit ... Dabei wurde aber schon klar, daß sie uns abschieben wollten. Wir erklärten, daß wir zu dem Tribunal wollen und das nichts Verbotenes ist. Der Inspector sagte, wir hätten die Vereinigten Staaten betrogen, weil wir nicht angegeben hätten, daß wir schon mal im Knast waren (bei Visum-Ausstellung). Wir würden am nächsten Abend zurückgeschickt, das wäre das nächste erreichbare Flugzeug, und kämen solange in den Knast.

Gleich danach wurden uns Handschellen angelegt, kurz nach 20 Uhr. Etwa zwei Stunden später, nach nochmaliger Körperdurchsuchung, wurden wir vom Flughafen zum Immigration Detention in Manhattan gebracht (der Knast am Flughafen war voll), in einer Kolonne von sechs Autos, mit Rotlicht und Sirene (so wie hier bei Prozessen).

Im Knast dann das Übliche. Nochmal der Versuch, Fotos und Prints von uns zu kriegen. Knastklamotten — wir konnten aber einen Teil unserer Sachen drunter anbehalten. Vorführung bei der Ärztin (um 1 Uhr nachts), wo wir jede Untersuchung verweigerten. Dann kamen wir in den Schlafsaal der gefangenen Frauen — der Christ allerdings in eine Einzelzelle — mit 40 Betten. Dort waren acht andere Frauen, alles Farbige, die teilweise schon Monate dort waren. Die Fenster sind nicht zu öffnen und mit ganz engem Maschendraht dichtgemacht — so dicht, daß sich der Schlafsaal darin spiegelt bzw. du denkst, es liegt noch ein anderer dahinter. Die Frauen kommen nicht raus an die frische Luft, sie müssen den ganzen Tag im Schlaf- oder Aufenthaltsraum bleiben. Es hält sich ständig eine Polizistin in der Abteilung auf, nachts sitzt sie im Schlafsaal.

Wir haben mehrmals verlangt, mit einem Anwalt telefonieren zu können, was uns verweigert wurde. Fünf Minuten, bevor wir wieder abgeholt wurden, sollte es dann gehen, aber nur als „collectiv call" (wo der Anwalt, der von nichts weiß, die Kosten übernehmen muß — obwohl wir Geld hatten), was natürlich nicht klappen kann.

Gegen 15 Uhr sollten wir packen, etwa eine Stunde später wurden wir in Handschellen und auch sonst auf die gleiche Art wie am Vortag zum Flughafen gebracht und dort als erste ins Flugzeug gesetzt.

Während dem Flug wurden wir von einer Frau von der Immigration Police und einem CIA-Agenten überwacht (er wurde in London von den Briten gefragt, von welcher Behörde er ist, deshalb wissen wir das).

In London wurden wir und unsere Pässe an den Security Service der Briten übergeben. Die brachten uns in einen Warteraum ihres Büros, das in einem Notausgang untergebracht ist, wo wir ein paar Stunden blieben. Danach kamen wir in einen anderen Raum, wo wir endlich unsere ganzen Sachen/Gepäck erhielten. Wir selbst und unser Gepäck wurden nochmal durchsucht, bevor wir in das Flugzeug nach Frankfurt stiegen. Wieder in „Begleitung" von zwei Überwachern, die sich auch noch direkt neben uns setzten. Als wir in Frankfurt ankamen, weigerten sie sich, uns unsere Pässe auszuhändigen. Sie übergaben sie einem Polizisten der Paßkontrolle. Während der eine Computer-Anfrage machte, informierten wir schon mal einen Anwalt hier. Kurz danach bekamen wir die Pässe zurück und konnten den Flughafen verlassen.

Wir haben dann sofort die Organisatoren des Tribunals davon informiert, was gelaufen ist, und ihnen die Grußadresse übermittelt.

Sie haben uns am nächsten Abend, kurz vor Beginn des Tribunals, angerufen und gesagt, daß sie ein Telefon-Interview mit uns machen wollen, es lief dann so, daß das Telefonat direkt in das Tribunal übertragen wurde. Ich konnte sogar die einleitenden Sätze der Veranstalter hören, habe dann ein paar Sätze zu unserer Behandlung durch die US-Behörden gesagt und dazu, wie wichtig uns das Tribunal ist.

Sie sagten noch, daß sie wenigstens unsere Stimme da haben wollen, und ich, daß, auch wenn wir nicht dort sein können, wir in unseren Gedanken und unserem Herzen mit ihnen sind.

Ingrid

USA: Schlußwort zum Urteil von Laura Whitehorn

RCC, 12.6.90

Vor 21 Jahren, am 4. Dezember 1969, ermordete die US-Regierung die BPP-Führer Fred Hampton und Mark Clark im Schlaf. Die Regierung verbrachte Jahre damit, zu lügen und zu versuchen, die Morde zu vertuschen — Teil des inzwischen berüchtigten Cointelpro-Programms des FBI. Dieser Vorfall war einer derer, die mein Leben veränderten. Er ist Teil dessen, weshalb ich hier heute stehe. Leben in einer Gesellschaft, die sich selbst gerecht nennt und dennoch African Americans, die für Selbstbestimmung kämpfen, umbringt, bedeutet harte Entscheidungen für die, die an Menschenrechte glauben.

Diese Entscheidungen haben für mich mehr bedeutet als abstrakt das Thema „Gerechtigkeit". Sie beinhalten die Frage danach, in was für einer Gesellschaft ich leben will, was für ein Mensch ich sein will — oder ich denke alle von uns sein könnten.

Die Entscheidungen begannen früh, da ich in den 50er und 60er Jahren aufwuchs, als Schulen im Norden wie im Süden nach Rassen getrennt waren, als schwarze Menschen, die in der Bürgerrechtsbewegung organisiert waren, ihr Leben und ihre Sicherheit für die grundsätzlichsten Menschenrechte und die Menschenwürde aufs Spiel setzen mußten, als US-„Demokratie" Lynchmorde bedeutete, für Wasserwerfer und Polizeihunde stand, für den Kongreß unamerikanische Aktivitäten und McCarthyismus, für die Schweinebucht und den Golf von Tonkin. Eine Zeit, die sich nicht so sehr von heute unterschied.

Es fing damit an, daß ich mich entscheiden mußte, mich nicht mit der Walt Disney-Version von US-Geschichte zu begnügen, wie sie in den Schulen der 50er Jahre unterrichtet wurde, sondern stattdessen die wahre Geschichte dieses Landes zu lernen, angefangen mit dem Völkermord an Indianern (Native Americans) und dem Diebstahl ihres Landes. Ich mußte herausfinden, ob die Dinge, die um mich herum passierten, isolierte Zwischenfälle waren oder Anzeichen für tiefere Probleme. Anzeichen, daß unsere gesamte Gesellschaft auf Ungerechtigkeit, Rassismus, nationaler Unterdrückung und tiefer Respektlosigkeit gegenüber Frauen aufgebaut und damit angefüllt war.

Über die Jahre tauchten andere Konzepte auf und gaben mir eine Vor-

stellung davon, was dieses zynische, korrupte Ding, das sich selbst „Demokratie“ nannte, ersetzen könnte. Diese Konzepte waren Befreiung, Macht fürs Volk, Selbstbestimmung, Solidarität. Ich erfuhr sie nur aufgrund der Entscheidungen, die ich traf, mein eigenes Leben zu verändern, gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu kämpfen, für meine eigene Befreiung als Frau und für grundsätzliche soziale Veränderungen. Für mich waren dies notwendige Entscheidungen.

Die Regierung hat versucht, mich, meine GenossInnen und unsere „Verschwörung zum Widerstand“ als Entscheidung bzw. Entschluß zum Gesetzesbruch darzustellen, eine Entscheidung, gewalttätig und kriminell zu sein. Aber es ist kein Durst nach Konfrontation und Gewalt, der uns motiviert, es ist der Durst nach Befreiung, Gerechtigkeit und Frieden. Niemand von uns hatte Angst, in der Opposition zu Ungerechtigkeit und Brutalität zu stehen, selbst wenn wir allein stehen mußten. Zeitweise war das notwendig, denn wir waren weiße Kinder Amerikas, die weiße Übermacht und Rassismus bekämpften. Wir sind Kinder des US-Imperialismus, die gegen den Imperialismus kämpfen.

Aber dieser Fall dreht sich nicht um Individuen, die allein stehen. Er ist als Veschwörung bezeichnet worden, aber in Wahrheit geht es um die Legitimität einer ganzen Widerstandsbewegung gegen Ungerechtigkeit. In den Jahren seit diesem Vorwurf haben Tausende von anti-imperialistischen AktivistInnen und in letzter Zeit lesbische und schwule AktivistInnen ihre Verhaftung riskiert, um gegen die Politik und Praxis zu protestieren, gegen die auch wir uns „verschworen“ haben. Die von uns, die verhaftet wurden, was für Kampfmittel wir auch immer gewählt haben, wir sitzen alle im Knast, weil wir gegen US-Verletzungen des internationalen Rechts gekämpft haben. Diese Regierung bringt uns in die schwierige Position, sich zwischen Moral und Gesetz entscheiden zu müssen, oder zwischen internationalem Recht — das primär auf Menschenrechten basiert — und US-Recht, das primär auf Besitzrecht beruht. Viele von uns haben es vorgezogen zu handeln, statt MittäterInnen an der Zerstörung zu sein, die diese Politik verursacht hat. Nicht für die Invasion von Grenada. Nicht für die Kolonisation von Puerto Rico. Nicht für die Invasion Panamas noch die des Nahen Ostens. Nicht für Bombardement und Ermordung von elf Kindern, Frauen und Männern der MOVE-Familie, die Zerstörung eines ganzen Blocks von Häusern der African American Community in Philadelphia am 13.5.85. Die einzige Person, die nach dieser kriminellen Handlung angeklagt wurde, war eine der Überlebenden: Ramona Africa.

Am Tag des Bombardements der MOVE-Familie saß ich in U-Haft, wo ich seitdem geblieben bin. In den fünfeinhalb Jahren, die seitdem vergangen sind, bin ich in mehr als zehn verschiedenen Knästen eingeschlossen gewesen. Ich habe unter den Besitzlosen gelebt. Ich war Zeugin des Leidens, des langsamen Todes, der täglichen Gewalt, die dieses System African American Frauen und anderen unterdrückten und armen Frauen zufügt. Statt ihnen das Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen — Völkermord. Anstelle von Respekt und Sicherheit — Objektivierung und Mißbrauch. Die Bedingungen in den Knästen brachten mit sich, daß jeder Tag hart war. Aber was für mich am schwierigsten ist, ist, daß das Leiden um mich zu meinem eigenen geworden ist. Ich habe meine FreundInnen an AIDS erkranken sehen, ohne medizinische Versorgung oder ein Beratungsangebot vom Knastsystem. Ich habe eine Schwester glühend heiß vom Fieber in meinen Armen gehalten, der gesagt worden war: „Du hast den Virus, Du wirst sterben!“, um sie dann in ihre kalte Zelle zurückzuschicken. Ich habe eine enge Freundin gesehen, die ins Krankenhaus gebracht wurde, wo sie an ihr Bett gefesselt starb. Der Versuch, einen kleinen Teil dieses Leidens aufzuheben, ist der Grund für die Projekte, die ich dem Gericht vorgeschlagen habe. Diese Arbeit ist mit den politischen und sozialen Zielen, die mich mein Leben lang motiviert haben, vereinbar.

Ich weiß, daß sie nicht denken, daß wir politische Gefangene sind, und ich erwarte sicherlich keine Nachsicht aufgrund meines Status' als politische Gefangene. Aber wir *sind* politische Gefangene. Unsere Aktionen und unser Leben bestehen aus einem Kampf dafür, Krieg, Leiden und Deprivation, die durch die US-Regierung verursacht werden, ein Ende zu setzen. Nichts in meinem Leben oder meinen Aktionen war für persönlichen Gewinn. Es scheint mir höchst zynisch von den USA — einem Land, das auf Gewalt und Dominierung gebaut ist —, denen einen politischen Status zu verweigern, die glauben, daß Menschen ein Recht haben, für ihre Freiheit zu kämpfen.

Weil ich meinen Glauben in Praxis umgesetzt habe und bereit war, für Freiheit und Befreiung zu kämpfen, hat mich das FBI (wie auch andere politische Gefangene) eine Terroristin genannt. Mich als „Terroristin“ zu bezeichnen, erlaubte der Regierung, mich 1986 in Alderson, WV für sechs Monate in Hochsicherheits-Einzelisolation zu sperren — obwohl ich Untersuchungsgefangene war. Das ist noch nie einer anderen unverurteilten Gefangenen passiert. Sie nennen meinen Genossen Dr. Alan Berkman auch einen Terroristen — und benutzen dieses Etikett, um ihm seine Entlassung und angemessene medizinische Versorgung zu verweigern, obwohl er hoffnungslos krank ist.

Als Alan hier vor zweieinhalb Jahren stand und damit argumentierte, daß die Sicherheitsmaßnahmen dieses Falls politisch seien und daß die Bedingungen, unter denen wir festgehalten wurden, eine Rückkehr seines Krebses begünstigen würden, hatte er recht.

Heute ist er so krank von diesem Krebs, daß er unfähig ist, hier im Gericht zu sein — unfähig zu laufen, unfähig zu schreiben.

Trotzdem versucht die Regierung noch immer, ihn umzubringen, indem sie seine Entlassung verweigern und ihm „das Loch“ zuweisen — ein notorisch unzureichendes Knastkrankenhaus in Springfield, MS. Als Alan eine Verringerung seiner Haftstrafe beantragte, sagte die Regierung: „Wenn du singst, lassen wir dich raus.“ Sie gaben ihm eine Liste mit Fragen und sagten: „Beantworte die, und du kannst raus!“ Er weigerte sich — und drei Monate später wurde ihm wiederum die Bewährung verweigert.

Wir sind nicht die TerroristInnen.

Das Wort „Terrorismus“ hat nichts damit zu tun, wer ich bin. Wohl aber die Worte „Solidarität“ und „Internationalismus“. Diese Worte sind für diese Gesellschaft viel schwerer zu verstehen, weil sie unermeßlichen menschlichen Wert, aber keinen Preis haben. Dieses System hat so viel von seiner Humanität durch Geiz und Aggression verschachert, daß es alles schwer zu verstehen findet, das einen Wert anstelle eines Preises hat.

Ich habe die internationalistische Verantwortung akzeptiert, zu antworten und einzugreifen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und das Recht auf Selbstbestimmung hochzuhalten. Meine Aktionen waren alle Teil eines wesentlich breiteren Kampfes für Gerechtigkeit — eines Kampfes, der die kreativsten Bestrebungen für Menschlichkeit ausdrückt.

Meine Genossin Susan Rosenberg schrieb darüber ein Gedicht:
„Funken fliegen“

Eine Stille, die tief innen erschauert
ein Frösteln, das in der Mitte der Trockenheit aufkommt
eine innere Wut durch und durch, die sich langsam in Zorn wandelt.

Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit
es gibt keine Gerechtigkeit ohne Freiheit
es gibt keine Freiheit ohne Würde und Befreiung
es gibt keinen Sieg für die, die es nie versuchen.

Als sie uns holten, waren wir nicht bereit
Aber doch mehr bereit als andere
Wir gingen nicht leise, aber niemand hat sie zurückgehalten.
Einige sagten: „Sie haben es sich selbst eingebrockt.“
Andere: „Besser die als wir.“
Und immer noch spürten andere die Funken stieben
und sagten, wir sind nicht in den Sternen verloren.

An alle GenossInnen und FreundInnen hier heute — danke für all Eure Unterstützung. Dies ist das Ende vom Resistance Conspiracy Case. Ihr habt uns befähigt, den Zweck dieser Verfolgung klarzustellen und die Regierung zu hindern, uns zu isolieren und den anti-imperialistischen Kampf zu kriminalisieren. Ihr habt uns geholfen, uns lebendig zu fühlen und produktiv zu sein. Ihr habt uns geholfen, für Alans Leben zu kämp-



Von links: Marilyn Buck, Linda Evans, Tim Blunk, Laura Whitehorn, Susan Rosenberg, Alan Berkman

fen, ihn in seiner mutigen Schlacht zu unterstützen, die wiederholten Versuche der Regierung, ihn umzubringen, zu überleben.

Seht uns hier an — Susan, Tim, Linda. Denkt an Marilyn. Denkt an Alan. Denkt an die unzähligen anderen politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen, für die wir stehen. Denkt an Bashir Hameed, der seit zwei Jahren in Einzelisolation sitzt und dem medizinische Versorgung und religiöse Praxis in einem Knast des Bundesstaates New York verweigert werden. Denkt an Mumia-Abu Jamal, der unter der Bedrohung von Exekution in Pennsylvania um sein Leben kämpft . . .

Laßt die Wände zwischen uns nicht wieder hochkommen. Wir waren fähig, uns gegenseitig durch dieses US-Regierungs-Sicherheitsschild zu erreichen. Laßt nicht zu, daß uns die Wände von Marianna und Marion (1) begraben und von Euch trennen.

Eines Tages, bald, werde ich mit Euch draußen sein. Zusammen werden wir für die Freiheit all dieser wunderbaren GenossInnen kämpfen, bis wir erfolgreich sind und alle unsere politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen befreien. Ich liebe Euch. Venceremos!

(1) Hochsicherheitsknäste in den USA: Marianna für Frauen und Marion für Männer.

Erklärung von Marilyn Buck bei ihrer Verurteilung im „Resistance Conspiracy Case" am 16.11.90

Ich bin ein Kind des 2. Weltkrieges. Ich wuchs in einer Zeit auf, in der der Kampf um Menschenrechte reifer wurde und einige Siege errang, als der Fall „Brown vs. Board of Education" (1) einige Türen öffnete. Es sollte eine neue Ära anbrechen — des Friedens und des Wohlstandes.

Aber es war auch in dieser Zeit, daß die U.S. in den Krieg gegen das koreanische Volk zogen, daß Nixons und McCarthys Hexenjagd Menschen in den Knast schickte und ihnen ihre Lebendigkeit nahm; und schwarze Menschen wurden noch immer gelyncht . . .

Obwohl ich mir dieser Vorfälle nicht bewußt war, als sie zunächst passierten, haben sie eine wichtige Rolle in der Formung meines Bewußtseins und meines Gewissens gespielt.

Mein Bewußtsein spürte nicht nur, daß es Richtiges und Falsches gibt, sondern auch daß ein Mensch die Verantwortung hat, für das zu kämpfen, was gerecht ist, und gegen das, was ungerecht ist. Ich bin nicht einmalig. Noch sind es die GenossInnen, die mit mir in diesem Fall angeklagt sind. Zehntausende von Kindern lernten diese Lektion nach dem 2. Weltkrieg, als wir sahen, was genau hier in den USA passierte:

— In Reaktion auf die gerechten Forderungen schwarzer Menschen nach Menschen- und Bürgerrechten wurden Hunde auf sie gehetzt, Knüppel geschwungen und selbst Kinder ermordet.

— In Reaktion auf die gerechte Forderung vietnamesischer Menschen nach einem Ende ihrer Beherrschung durch die USA wurden Bomben geschmissen und Hunderttausende von Vietnamesen ermordet.

Ich lernte über Verbrechen und verbrecherische Handlungen — die der US-Regierung, die mir beibrachte zu singen: „Mein süßes Land, Land der Freiheit . . ."

Die Süße war auf Kosten des Lebensunterhaltes anderer Nationen gewonnen.

Und ich lernte über Verschwörungen:

Indianer ihres Landes zu berauben durch Völkermord und Krieg; ein Imperium durch die Versklavung schwarzer Menschen zu finanzieren, sie ihres „Lebens, Freiheit und dem Streben nach Glück" zu berauben, um mit den Worten der Unabhängigkeitserklärung zu sprechen (nur für Weiße!);

und über Verschwörungen, das US-Imperium durch die Eroberung und Kolonialisierung Puerto Ricos und der Philippinen auszudehnen . . .

Heute sind diese Verschwörungen oder kriminellen Handlungen als Verbrechen gegen den Frieden, als Kriegsverbrechen und als Verbrechen gegen die Menschheit anklagbar.

Ebenso die kürzer zurückliegenden Verbrechen der US-Regierung:

— die Invasionen von Grenada und Panama,

— die kriminelle Handlung, die demokratisch gewählte Regierung von Nicaragua zu überwerfen,

— das neueste Gebräu: militärische, wirtschaftliche und politische Kontrolle über den Nahen Osten zu gewinnen durch Kriegsrüstung gegen den Irak, nachdem dieses Land zunächst mit Waffen versorgt worden war.

Wenn diese kriminellen Verschwörungen der US-Regierung anklagbar sind, dann bin ich oder jedeR andere in diesem Raum oder in diesem ganzen Land belangbar unter internationalem Gesetz.

Weil das Wissen uns zum Teil der Verschwörung macht. Bis es jemand aufdeckt und Schritte unternimmt, die die Ausführung dieser Verbrechen verhindern.

Wie auch immer — wenn Menschen solche Schritte unternehmen, dann klagen die USA sie der Verschwörung an. Verschwörung, kriminelle Verschwörung. Sie versuchen politische Opposition zu delegitimieren und zu kriminalisieren, so daß sie nicht gezwungen sein werden, mit ihrem eigenen kriminellen Verhalten konfrontiert zu sein und ernsthafte Veränderungen vorzunehmen. Zehntausende von Menschen waren an Verschwörungen beteiligt, um Widerstand gegen die US-Kriegsverbrechen und die Demokratieparodie der weißen herrschenden Klasse zu leisten.

Das sind ehrenhafte Verschwörungen, für Gerechtigkeit und Menschenrechte, notwendige Verschwörungen, wenn wir, Menschen dieser Nation, mit uns und anderen in Gleichheit und Frieden leben wollen.

Wir haben jedeR eine Wahl: mit dem Großteil der Menschen auf der Erde zu stehen, die für Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit kämpfen, oder auf ihren Rücken zu trampeln.

Ich kann die Millionen Menschen, die kämpfen, um frei zu sein, nicht verraten, und ich kann mein Gewissen nicht verraten.

Ich habe Anteil am Schicksal unterdrückter Nationen genommen. Deshalb bin ich jetzt im Knast. Ich bin eine politische Gefangene, zusammen mit vielen anderen Männern und Frauen, sowohl aus den unterdrückten, kolonialisierten Nationen, die für Befreiung kämpfen, als auch aus der weißen Unterdrückernation, die sich weigern, die kriminelle Völkermord-Politik dieser Regierung zu akzeptieren.

Die Mühlen der Justiz zermahlen uns, begraben uns in ihren Verließen und in ihren Gräbern.

Aber Gerechtigkeit wird kommen und Freiheit mit sich bringen. Sie bewegt sich langsam, denn sie wird Stückchen für Stückchen von Frauen und Männern der ganzen Welt vorangeschoben, die kämpfen, um den Traum von Gerechtigkeit in Realtität zu verwandeln.

Eure Leben, mein Leben, unser Leben hat eine Bedeutung, die weder verwischt noch verdreht werden kann, wenn wir unsere Stimmen zum Protest erheben, um das Unrecht herauszufordern und ihm zu widerstehen, und wir mit Mut für die Befreiung und die Zukunft eintreten.

Das ist Grund genug, um unsere Stimmen zu erheben.

(1) Nach dieser Gerichtsentscheidung in den 50er Jahren durften weiße Schulen schwarze Kinder nicht mehr ausschließen.

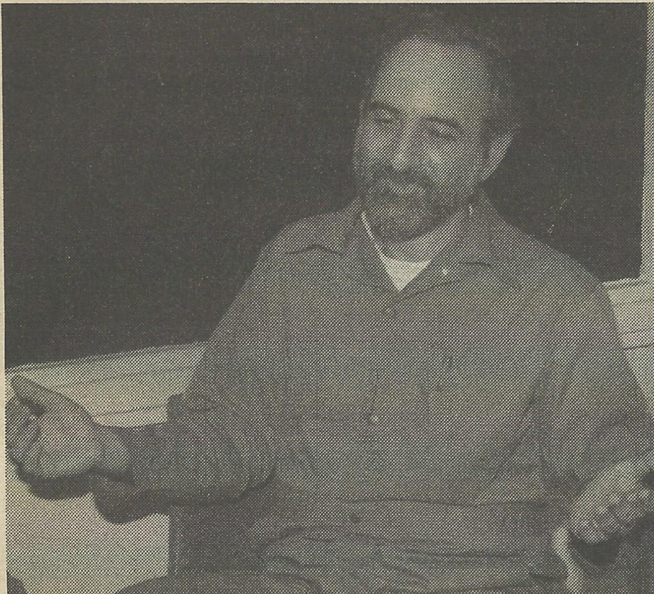
Alan Berkman: Meine Erfahrungen mit Mumia Abu-Jamal

Ich war mit Mumia zweimal je einen Monat im Holmesburg Prison in Philadelphia zusammen. Das erste Mal traf ich ihn im Frühjahr 1986, als er dorthin verlegt worden war, um im Prozeß gegen Ramona Africa als Zeuge auszusagen. Ramona Africa ist die einzige erwachsene Überlebende des Bombenabwurfs auf das MOVE-Haus in Philadelphia durch die dortige Polizei. Die zweite Begegnung fand im Frühjahr 1987 statt, als Mumia wegen der Berufungsverhandlung über sein Todesurteil nach Philadelphia gebracht worden war. Ich möchte nur kurz ein paar meiner persönlichen Erinnerungen wiedergeben, in denen Mumia als Person erscheint und nicht nur als „Fall" oder gar Symbol.

— Ich sehe Mumia, wie er die MOVE-Brüder umarmt, als einer nach dem andern runter nach Holmesburg gebracht und mit uns zusammen ins Loch gesteckt wurde. Er empfing sie mit offenen Armen, teilte mit ihnen den Schmerz, der ihnen durch den Verlust eines Kindes, einer Frau oder eines Bruders durch den von der Polizei verursachten Flammentod zugefügt worden war. Mumia hilft, eine Art Familienatmosphäre zu schaffen in einer Institution, die darauf aus ist, alle Familienbande zu zerstören. Mumia arbeitet mit jedem der MOVE-Brüder, hilft ihnen, ihren Schmerz und ihre Wut zu artikulieren, so daß schließlich Ramonas Prozeß zu einem öffentlichen Forum wird, in dem der volle Horror des Bombenangriffs gegen MOVE und die ihm zugrundeliegende Planung zum eigentlichen Thema wird.

— Ich sehe Mumia, dem während all der Jahre im Todestrakt Kontaktbesuche verweigert worden sind, umgeben von seiner Frau Wadiya und ihren sieben Kindern im Besuchsraum von Holmesburg. Ihr Lachen und ihre Liebe erfüllen den ganzen sterilen Raum. Trotz der Kostbarkeit jeder Sekunde nimmt Mumia sich die Zeit, mich und meine Familie seinen Lieben vorzustellen.

— Ich sehe Mumia, der selbst einen Großteil der juristischen Arbeit seiner Verteidigung erledigt, wie er sich während der Vorbereitung seines Berufungsantrages an das Oberste Gericht die Zeit nimmt, einem anderen Bruder in einer juristischen Angelegenheit zu helfen. Dieser Bruder



Alan Berkman

ist der einzige Gefangene in Pennsylvania, der einer möglichen Hinrichtung näher ist als Mumia.

— Ich sehe Mumia, wie er beim Hofgang seinen Arm um einen jungen weißen Drogenabhängigen legt, ihm behutsam erklärt, wofür MOVE steht, warum das gegenwärtige System so korrupt und zerstörerisch ist, und warum es notwendig ist, den Rassismus zu bekämpfen. Es ist förmlich zu sehen, wie Hoffnung zurückkehrt in diesen jungen Mann, wie sich seine Haltung verändert, er aufrecht dasteht, sein gebrochenes, kaltes Starren verliert und sich mit wachem Interesse umschaut. Er und Mumia lachen und ziehen gemeinsam ihre Runden.

All diese Bilder von Mumia sehe ich vor meinem geistigen Auge: wie er lacht, etwas mit anderen teilt, Kontakte herstellt, jeden Augenblick mit Energie und Liebe füllt.

Um das Bild zu vervollständigen, muß ich aber auch von einer anderen Erinnerung berichten: Mumia, wie er mir gegenüber auf einer Pritsche saß und von seiner Zeit bei den Black Panthers erzählte. Es berührte mich, wie sich seine innere Schönheit auch äußerlich ausdrückte: durch sein Lachen und die Wärme, die seine Augen ausstrahlen, durch die Widerspenstigkeit, die seine schulterlangen Dreadlocks widerspiegeln. Doch dann hatte ich eine Vision. Ich sah Mumia mit geschorenem Kopf, sah vor mir, wie seine braune Haut verkohlt und seine Augen weiß wurden, als der elektrische Strom Feuer durch seinen Körper jagte.

Das ist Elektrikution. Das ist der Tod, der über 2000 Menschen in den Vereinigten Staaten droht.

An diesem Tag mit Mumia in der Zelle habe ich mir geschworen, alles mir Mögliche zu tun, um zu verhindern, daß diese Vision Wirklichkeit wird. Bitte schließt Euch alle zu einer Kraft zusammen, die Gerechtigkeit für Mumia erkämpft und die US-Regierung zwingt, mit dem staatlich sanktionierten Morden aufzuhören.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!
Schluß mit der Todesstrafe!

Alan Berkman, Januar 1990

Die MOVE-Bewegung

MOVE wurde 1972 in Philadelphia von John Leapheart, der sich später John Africa nannte, gegründet. MOVE versteht sich als Familie, wobei der gemeinsame Nachname „Africa" ein Ausdruck dieses Selbstverständnisses ist. MOVE-Mitglieder leben in kollektiven Häusern, bauen ihre eigenen Nahrungsmittel an, leben streng vegetarisch und verweigern jegliche Kollaboration mit dem herrschenden System in den USA, indem sie z. B. ihre Kinder selber unterrichten und keine Steuern zahlen. Generell kämpft MOVE für ein autonomes, selbstbestimmtes Leben. Dieser Kampf schließt für MOVE auch das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung gegen Angriffe des Staates ein. Mit Ausnahme von Sue Africa und Carlos Africa sind alle MOVE-Gefangenen African Americans. MOVE versteht sich aber als gemischte Organisation und wendet sich gegen die getrennte Organisierung von African Americans, Hispanic und weißem Widerstand. MOVEs Selbstverständnis als militante, revolutionäre Organisation haben die fünf Frauen im Muncy-Knast einmal so beschrieben: „. . . MOVEs Aufgabe ist es, den Menschen zu zeigen, wie korrupt dieses System ist, daß dieses System die Wurzel aller Probleme ist. Und es ist MOVEs Aufgabe, ein Beispiel für Revolution zu setzen, den Menschen folgen können, wenn sie realisieren, wie sie von dem System, dieser Regierung unterdrückt und ausgebeutet werden. MOVE-Mitglieder sind Revolutionäre. Unsere Aufgabe ist es, das System anzugreifen, um den Menschen nicht nur zu zeigen, daß sie dieses System bekämpfen und gewinnen können, sondern auch, um die dringende Notwendigkeit des Kampfes zu verdeutlichen . . ."

Mumia sagt z. B. über MOVE, daß sie für das Leben und gegen die Zerstörung des Lebens auf allen Ebenen durch das System kämpfen. MOVEs Strategie ist dabei nicht die illegale Organisierung, sondern durch kollektive Strukturen und kollektives Leben in den Vierteln, durch Propaganda, Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den Menschen, die dort leben, eine Alternative zum System anzubieten — und damit gleichzeitig den Menschen die Widersprüche im System zu verdeutlichen. Diese Strategie beinhaltet auch die militante Selbstverteidigung und offensive Konfrontation mit den Repressionsorganen.

MOVE-Häuser und -Mitglieder, die sich vor allem in der Stadt Philadelphia im Bundesstaat Pennsylvania konzentrierten, waren aufgrund ihrer kompromißlosen Ablehnung des „mainstream America", ihrer Fähigkeit, eigene Strukturen zum Leben zu schaffen, und ihrer militanten Organisierung von Anfang an Zielscheibe rassistischer staatlicher Repression. Die Polizei in Philadelphia benutzte jeden Vorwand, z. B. angebliche „Ruhestörung", „Komposthaufen im Garten" etc., um in das erste MOVE-Hauptquartier in Powelton (einem gemischten Vorort von Phialadelphia) einzudringen, MOVE-Mitglieder zu prügeln und festzunehmen. MOVE organisierte daraufhin Kundgebungen und Demos vor Knästen, Polizeistationen und Regierungsinstitutionen, um gegen die rassistischen Angriffe auf die African American Community insgesamt, und MOVE speziell, zu protestieren.

1977 versuchte die Stadt Philadelphia, das MOVE-Haus in Powelton zu räumen. MOVE verbarrikadierte sich im Haus und teilte mit, daß sie das Haus bewaffnet verteidigen würden. Eine Armee von 200 B. belagerte daraufhin für neun Stunden das Haus, zog aber wieder ab, nachdem sich der damalige Präsident der USA, Jimmy Carter, einschaltete. MOVE bekam die Zusicherung, weiterhin in dem Haus wohnen zu können. 1978 versuchte Philadelphias berüchtigter Bürgermeister Frank Rizzo erneut, MOVE aus dem Haus in Powelton zu räumen — diesmal durch eine mehrmonatige Kampagne von intensivem B.terror und Medienhetze gegen MOVE, die in eine tagelange B.blockade des Hauses mündete. Nachdem die NachbarInnen die Blockade durch Nahrungsmittel- und Wasserspenden an MOVE durchbrachen und die politische Unterstützung für MOVE immer breiter wurde, griffen am 8. August 1978 600 B. das Haus mit Wasserwerfern und Maschinengewehren an. Zwei MOVE-Mitglieder wurden verletzt, und ein B. starb im Kreuzfeuer seiner Kollegen. Obwohl nach dem Angriff festgestellt wurde, daß alle MOVE-Waffen von MOVE vor der Konfrontation bewußt unbrauchbar gemacht worden waren, und eine Autopsie klarstellte, daß der B. tatsächlich durch den Schuß eines Kollegen getötet worden war, wurden im August 1980 neun MOVE-Mitglieder zu jeweils 30 bis 100 Jahren Knast wegen „gemeinschaftlichen Polizistenmordes" verurteilt.

Die Angriffe auf MOVE hörten auch in den folgenden Jahren nicht auf. Die Stadt Philadelphia weigerte sich, MOVEs Forderung nach der Freilassung aller MOVE-Gefangenen und einer Nichtangriffsgarantie zu erfüllen, obwohl MOVE mehrfach öffentlich Verhandlungsangebote an die Stadt richtete, die auch von reformistischen Kräften in der Stadt unterstützt wurden.

Mit dem Amtsantritt der Reagan-Administration 1981 verschlechterten sich die Bedingungen für den Widerstand in den USA insgesamt. Mitte der 80er Jahre wurden sowohl die Black Liberation Army (Schwarze Befreiungsarmee) als auch der weiße anti-imperialistische Widerstand durch massive Repression und Verfolgung zerschlagen. MOVE als Beispiel für kontinuierlichen, ungebrochenen Widerstand — noch dazu mitten im schwarzen Ghetto von Philadelphia (das MOVE-Hauptqurtier war inzwischen dorthin umgezogen) — stellte in den Augen der Herrschenden mehr denn je eine Bedrohung dar.

Unter dem Vorwand, offene Haftbefehle gegen mehrere MOVE-Mitglieder nicht vollstrecken zu können, da der Staat das MOVE-Haus nicht betreten könne, griff am 13. Mai 1985 eine Armee von über 1000 Polizisten, FBI-Agenten und Reagans neuen „Anti-Terror-Einheiten" unter der verdeckten Leitung des FBI das MOVE-Haus in der Osage Avenue an. AnwohnerInnen waren vorher aus dem Viertel verbannt worden,

und auch die Presse hatte nur restriktiven Zugang zur Straße. Nachdem MOVE auch nach mehrstündigem Gewehrfeuer der Polizei das Haus nicht verließ — eine Anfrage von MOVE, die MOVE-Kinder aus dem Haus zu evakuieren, wurde vom Staat abgelehnt —, griff die Polizeiarmee das Haus mit Hubschraubern an und bombardierte es mit C 4-Sprengstoff aus Beständen der US-Armee. Das Haus verwandelte sich in ein flammendes Inferno; MOVE-Mitglieder, die versuchten, aus dem Haus zu fliehen, wurden mit gezielten Schüssen wieder ins Flammenmeer zurückgetrieben. Elf MOVE-Mitglieder, darunter fünf Kinder, wurden am 13. Mai 1985 ermordet. Darüber hinaus breitete sich das Feuer auf das gesamte (schwarze) Wohnviertel aus und zerstörte 60 weitere Häuser — die Feuerwehr hatte eine Anweisung des Polizeipräsidenten bekommen, nicht einzugreifen.

Nur zwei Menschen überlebten den Angriff: Ramona Johnson Africa und das MOVE-Kind Birdie Africa. Ramona erlitt schwere Brandverletzungen und wurde mehrere Monate später zu 16 Monaten bis sieben Jahren Knast u. a. wegen „Aufrufs zum Aufruhr" und „Verschwörung zum Widerstand" verurteilt.

Die Reaktionen der African American Community in Philadelphia und den gesamten USA und auch der weißen Linken waren vor allem Schock, Entsetzen und etwas später Demonstrationen mit der Forderung nach dem Rücktritt der gesamten Stadtverwaltungsspitze und des Bürgermeisters, der den Angriff formal angeordnet hatte. Aber bis heute ist keiner der für das Massaker Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden.

In den Knästen von Pennsylvania befinden sich noch immer 14 MOVE-Gefangene. Einige von ihnen — wie Ramona Africa und Sue Africa — haben ihre Mindestknastzeit längst abgesessen. Die staatliche Bedingung für ihre Freilassung auf Bewährung vor Ende ihrer Höchststrafen ist jedoch die völlige Distanzierung von MOVE — d. h. die Aufgabe ihrer Identität und Abschwören. Das bedeutet für alle MOVE-Gefangenen, daß sie ihre gesamten Haftstrafen absitzen werden.

Darüber hinaus sind MOVE-Gefangene zusätzlichen Disziplinarstrafen unterworfen, weil sie sich z. B. weigern, ihre Dreadlocks, die einen Teil ihrer Identität als African Americans darstellen, abzuschneiden. Die fünf Frauen im Muncy-Knast waren deswegen alle drei Jahre in 24-stündiger Einzelisolation in einem Kellertrakt des Knastes. Erst seit 1988 haben sie wieder gemeinsamen Aufschluß und Hofgang.

Inzwischen gibt es auch wieder ein offizielles MOVE-Haus in Philadelphia; MOVEs Einschätzung ist allerdings, daß das Vernichtungsprojekt des Staates gegen MOVE noch keineswegs beendet ist.

Einige MOVE-Gefangene

Ramona Johnson Africa: Ramona kam während des Prozesses 1980 zu MOVE. Sie war Jurastudentin und begann nach einigen Prozeßbesuchen, die MOVE-Gefangenen juristisch zu unterstützen. Ramona ist die einzige erwachsene Überlebende des Bombenangriffs auf das MOVE-Haus im Mai 1985. Sie erlitt dabei schwere Brandverletzungen. Wenige Monate später wurde sie wegen „Aufrufs zum Aufruhr" und „Verschwörung zum Widerstand" zu 16 Monaten bis sieben Jahren Haft verurteilt. In ihrer Prozeßerklärung betonte Ramona: „Ich wurde verurteilt, als die Haut an meinem Körper verbrannt wurde und ich Narben für den Rest meines Lebens erhielt. Ich bin einfach hier, weil ich ein MOVE-Mitglied bin und überlebt habe." Sie fügte hinzu: „Solange Menschen Unrecht zugefügt wird, ist Widerstand unvermeidlich." Da Ramona sich weigert, abzuschwören und ihre politische Identität aufzugeben, muß sie die gesamten sieben Jahre Haft absitzen.

Merle Austin Africa: Merle ist seit 1973 Mitglied der MOVE-Familie und wurde 1980 zu 30 bis 100 Jahren Knast verurteilt.

Sue Léon Africa: Sue gehört seit 1973 zur MOVE-Familie. Sie wurde 1981, aufgrund des Widerstands gegen die versuchte Räumung von 1977, wegen „unerlaubten Waffenbesitzes" zu sechs bis zwölf Jahren Knast verurteilt. Ihr neunjähriger Sohn Tomasso wurde während des Bombenangriffs im Mai 1985 ermordet.

Janine Phillips Africa: Janine wurde 1980 zu 30-100 Jahren Knast verurteilt. 1975 wurde ihr Sohn, der Säugling Life Africa, von B. bei einer Durchsuchung des MOVE-Hauses in Powelton mit Schlagstöcken erschlagen. Ihr 13jähriger Sohn Phil wurde beim Bombenangriff im Mai 1985 ermordet.

Debbie Sims Africa: Debbie wurde 1980 zu 30 bis 100 Jahren Knast verurteilt.

Janet Holloway Africa: Janet wurde 1978 zu 30 bis 100 Jahren Knast verurteilt. Ihre zwölfjährige Tochter Delisha wurde beim Bombenangriff im Mai 1985 ermordet. Sie schreibt über MOVE: „Es sind die besten Jahre meines Lebens gewesen, trotz aller Ungerechtigkeit, Vorurteile und Verfolgung gegen MOVE durch dieses System. Ich würde nie meine Überzeugung für irgendetwas, was dieses System anbietet, aufgeben."

Consuella Dotson Africa: Consuella wurde 1980 in einem abgetrennten Prozeß zu zehn bis 20 Jahren Knast verurteilt. Ihre 13- und 15jährigen Töchter Zanetta und Katricia wurden im Mai 1985 beim Bombenangriff ermordet. Sie schreibt über die Ermordung ihrer Kinder: „Daran zu denken, ist sehr schmerzhaft und macht mich wütend. Aber ich werde mich diesem korrupten System von Doppelmoral und Gesetzlosigkeit nicht beugen. Ich werde es weiterhin bekämpfen."

Eine Rezension von Mumia Abu-Jamal über die Autobiographie von Assata Shakur

Amerika wird überschwemmt von Büchern, die die 60er Jahre zum Thema haben. Inzwischen gibt es von mittlerweile ergrauenden Intellektuellen zusammengestellte dicke Wälzer über den SDS (Students for a Democratic Society), die Port Huron Erklärung (mit der der SDS zu mehr Militanz und Aktionen gegen den Völkermord in Vietnam aufrief — Anm. d. Übers.), über Demos gegen den Vietnamkrieg und andere Aspekte dieser Zeit.

Und das ist gut so.

Doch alle diese Veröffentlichungen weisen erstaunlicherweise einen blinden Fleck auf: Das Leben der Schwarzen in den Sechzigern kommt darin nicht vor.

Das ist jetzt anders.

ASSATA ist weit mehr als die Rückschau auf das Leben einer bemerkenswerten Rebellin. Dieses Buch fängt die Zeit und die Atmosphäre des schwarzen Aufstands ein, der Amerika in seinen Grundfesten erschüttert hat, und man spürt die Aufrichtigkeit und Offenheit, mit der das geschieht.

Assata hat viele Gesichter.

Natürlich gibt es die militante Kämpferin der Black Liberation Army, zornig, mit funkelndem Blick, wie sie von Millionen Zeitungen, Radiosendern und auf den FBI-Fahndungsplakaten präsentiert wurde.

Doch es gibt auch das schokolodenbraune Mädchen vom Lande, das Elvis-Presley-Anstecker trug, die freche Göre, die auf den Straßen von Harlem herumstrolchte, und die naive, noch halb kindliche junge Frau, die heute angesichts ihrer Antwort auf die Frage nach der US-amerikanischen Einmischung in Vietnam vor Verlegenheit rot würde, wenn ihre Haut nur heller wäre („Es geht um den Kampf für die Demokratie", so plapperte sie 1964 die offizielle Propaganda nach).

Der Name Assata bedeutet so viel wie „Die, die kämpft", und das Buch fängt ein Stück von diesem — und unser aller — Kampf ein, von seinem Wachsen, seinem Werden, seinem Sein. Assata läßt uns an diesem Kampf teilhaben, mit Freude und Aufrichtigkeit, mit Schmerz und Entsetzen, und bereichert uns auf diese Weise alle.

Um ihre Verhaftung und versuchte Ermordung auf der Autobahn von New Jersey zu schildern, reicht es aus, die Frage eines Cops zu zitieren. Er schlenderte zu der schwerverletzten Assata, die blutend und teilweise gelähmt auf der Straße lag und durch innere Verletzungen an ihrem eige-



„Dieser Knast versucht uns zu brechen, aber zuerst wird dieser Knast zerbrochen, weil wir nicht gebrochen werden." MOVE-Frauen in Muncy, Winter 1988.

nen Blut zu ersticken drohte, und erkundigte sich: *„Ist sie schon hinüber?"*

Zum Kummer der Polizei starb die kleine zähe Revolutionärin aber nicht. Sie lag stundenlang am Straßenrand auf dem Asphalt. Doch sie starb nicht.

Angesichts einer lebenden, blutenden, noch immer rebellischen Assata Shakur versuchten die Polizisten es mit dem für New Jersey typischen Bullenterror:

Wieder wird die Bahre angeschoben. Wo zum Teufel wollen die mit mir hin? Das Licht verändert sich, ich kann den Unterschied sogar mit geschlossenen Augen wahrnehmen. Es scheint, als läge ich im Dunkeln. Ich halte es nicht länger aus, ich muß die Augen öffnen. Das Zimmer ist dunkel, irgendwo brennt aber auch Licht. Langsam gewöhne ich mich dran. Da liegt etwas neben mir. Ich kann die Umrisse ausmachen. Etwas in einer Plastikhülle. Etwas — ganz langsam erkenne ich, daß es ein Mann in einem Plastiksack ist. Und daß dieser Mann Zayd ist. Mein Körper verkrampft sich. Die Gedanken wirbeln durcheinander.

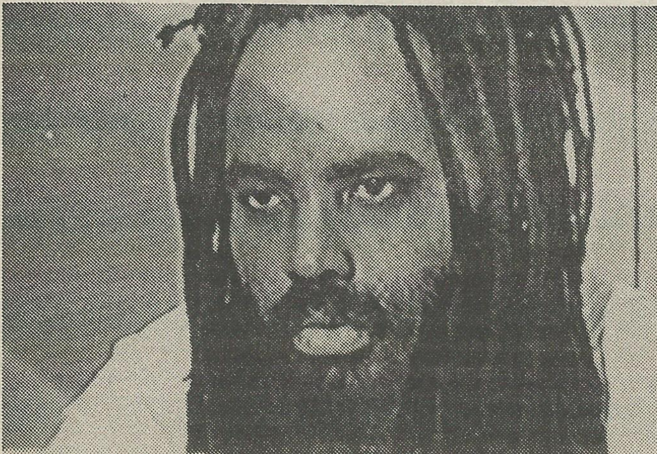
Assatas Genosse Zayd Malik Shakur war ein Militanter der *Black Liberation Army* und einstmals stellvertretender Minister of Information der New Yorker Sektion der *Black Panther Party*. Er war von den Cops erschossen worden, die das Auto angeblich wegen einer Verkehrswidrigkeit angehalten hatten ...

Am 4. Juli 1973 richtete Assata eine mutige, offensive und revolutionäre Radioansprache an ihre UnterstützerInnen. Zum einen vermittelte sie darin Fakten, zum anderen entlarvte sie das System:

Schwarze Brüder, schwarze Schwestern! Ich möchte Euch wissen lassen, daß ich Euch liebe und daß ich hoffe, auch Ihr empfindet irgendwo in Euren Herzen Liebe zu mir. Mein Name ist Assata Shakur (Sklavenname JoAnne Chesimard), und ich bin Revolutionärin, schwarze Revolutionärin. Das heißt für mich, daß ich all denen, die unsere Frauen vergewaltigen, unsere Männer kastrieren und unsere Kinder hungern lassen, den Krieg erklärt habe ... Als schwarze Revolutionärin bin ich Zielscheibe für all den Zorn, den Haß und die Verleumdungen, zu denen Amerika fähig ist. Amerika wird versuchen, mich zu lynchen — genau wie alle anderen schwarzen Revolutionäre auch.

Der schlimmste Mörder, Kidnapper und Verbrecher der Menschheitsgeschichte ist „Amerika", so erklärt Assata.

*Sie nennen uns Kidnapper. Aber nicht wir haben Tausende von schwarzen Brüdern und Schwestern entführt, die in den amerikanischen Konzentrationslagern festgehalten werden. 90% aller Gefängnisinsassinnen und -insassen in diesem Land sind Schwarze und Menschen aus der Dritten Welt, die sich weder Anwälte leisten noch eine Kaution stellen können. Sie nennen uns Diebe und Banditen. Wir würden stehlen, behaupten sie. Aber nicht wir raubten Millionen Menschen vom afrikanischen Kontinent. Wir sind unserer Sprache beraubt worden, unserer Göttinnen und Götter, unserer Kultur, unserer Menschenwürde, unserer Arbeitskraft und schließlich auch unseres Lebens ... Sie nennen uns Diebe, aber nicht wir haben Millionen Indianer ermordet und ihnen ihr Land, ihre Heimat entrissen, um uns dann als Pioniere zu bezeichnen. Uns nennen sie Banditen, aber nicht wir rauben die Rohstoffe aus Afrika, Asien und Lateinamerika, nicht wir nahmen diesen Kontinenten die Freiheit und ließen die Menschen dort krank und hungernd zurück. Die Herrschenden in diesem Land haben einige der brutalsten und gemeinsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit begangen. Sie sind die Banditen. Sie sind die Mörder. Und so sollten sie auch behandelt werden ... Es ist unsere Pflicht, für unsere Freiheit zu kämpfen. Es ist unsere Pflicht zu siegen.*1



Mumia Abu-Jamal

Daß Assata das angeblich durch die Verfassung garantierte Recht der freien Rede wahrnahm (indem sie obige Erklärung der Öffentlichkeit zugänglich machte), hatte einen Wutausbruch des Staatsanwalts und des Gerichts zur Folge, das auch prompt anordnete, Assatas Anwältin dürfe mit sofortiger Wirkung bei den Gesprächen mit ihrer Mandantin kein Kassettengerät mehr benutzen.

Das, was Assata von anderen unterscheidet, ist ihre unbeugsame Willenskraft und ihre ungewöhnliche Persönlichkeit. Trotz des Polizeianschlags vom 2. Mai 1973 auf ihr Leben, trotz der Ermordung ihres Genossen und Ratgebers Zayd, trotz des nachfolgenden Prozesses gegen sie, trotz der Schläge und Brutalitäten, trotz des tiefsitzenden, bohrenden Schmerzes, der ihr durch die Trennung von ihrem Baby, ihrer eben geborenen Tochter, zugefügt wurde, trotz der Einzelisolation in einem Männergefängnis, trotz alledem — sie blieb eine schwarze Rebellin und Staatsfeindin.

Die ergreifendste Szene in ASSATA ist nicht etwa die, in der es um ihre schließliche Befreiung aus den amerikanischen Gefängnissen und ihre Flucht aus dem großen Knast Amerika geht (Assata wurde von GenossInnen aus dem Gefängnis befreit und lebt heute auf Kuba). Eine der Stellen im Buch, die einem am meisten unter die Haut gehen, ist die Beschreibung des Zusammentreffens von Assata und einer ebenso bemerkenswerten puertoricanischen Revolutionärin ...

Lolita Lebrón, die zu einem Kommando puertoricanischer UnabhängigkeitskämpferInnen gehörte, das in den 50er Jahren einen Angriff auf den Kongreß durchgeführt hatte und die seit mehr als einem Vierteljahrhundert in Staatsgefängissen begraben war, verdient Bewunderung und tiefen Respekt. Ihr Zusammentreffen mit Assata ist wahrhaftig eine Begegnung zwischen zwei bemerkenswerten Frauen gewesen — auch wenn es unter den Bedingungen von Gefangenschaft stattfand. Lolita Lebrón ist heute frei. Sie ist immer frei gewesen. Und auch Assata ist frei, und das bereichert die Völker der Welt.

ASSATA, das ist eine Geschichte von überwundenem Elend, von bezwungenem Unglück. Und das beste daran ist, daß diese Geschichte wahr ist. Dieses Buch sollte nicht einfach gelesen, es sollte in vollen Zügen genossen werden.

„Du fragst mich nach Assata Shakur ..." — Aus einem Brief von Susan Rosenberg, Oktober '89

...

Du fragst mich nach Assata Shakur. Ich hatte gehört, daß ihre Autobiographie auf deutsch übersetzt wird. Das ist sehr gut. Das ist ein sehr wichtiges Buch, das gelesen werden muß, um hier die schwarze revolutionäre Bewegung zu verstehen. Deine Frage, ob ich sie kenne, brachte mich zum Schmunzeln, denn zwei von uns — Marilyn Buck und ich — haben eine Anklage wegen ihrer Flucht. Wir beide zusammen mit Alan Berkman, Silvia Baraldini und fünf schwarze Revolutionäre wurden 1982 von der Regierung angeklagt, Mitglieder einer Guerilla namens „Revolutionäre Bewaffnete Sondereinheit" — geführt von der schwarzen Befreiungsarmee — gewesen zu sein.

Wir wurden der Verschwörung, zwölf Bankenteignungen, der Gefangenenbefreiung von Assata Shakur und anderem angeklagt.

Marilyn, Silvia, Sekon Odinga, Mutulu Shakur wurden zu mindestens 40 Jahren Knast verurteilt.

Die Regierung ließ die Anklage gegen mich und Alan fallen.

Die nordamerikanische revolutionäre antiimperialistische Bewegung entwickelte sich Ende der 60er und 70er Jahre aus der Unterstützung des schwarzen nationalistischen revolutionären Kampfes. Als wir alle noch legale Unterstützungsarbeit machten (noch bevor wir in den Untergrund gingen), arbeiteten wir daran, Weiße zur Unterstützung der Black Panther Party und der Verteidigung der schwarzen politischen Gefangenen zu bringen.

1973 war die Black Liberation Army an der Ostküste der Vereinigten Staaten sehr aktiv. Assata Shakur, Sundiata Acoli und Zayd Shakur wurden auf der New Jersey Autobahn im Mai 1973 festgenommen. Es gab eine Schießerei, und Zayd Shakur und ein Polizist wurden getötet. Zayd Shakur führte die Black Liberation Army. Assata und Sundiata wurden angeklagt und schließlich verurteilt, beide getötet zu haben. Beide bekamen lebenslänglich.

Assata aber wurde von der Regierung für jede Bankenteignung angeklagt, wo eine schwarze Frau dabei gewesen sein soll. Sie hatte acht Prozesse und gewann jeden. Sie wurde in allen Fällen freigesprochen. Nach all diesen Prozessen war noch der wegen der Toten in New Jersey. Sie wurde von einem nur weißen Gericht verurteilt. Von 1973 an bis zu ihrer

Befreiung durch die Black Liberation Army wurde Assata zum Symbol für alles, was in America und dem Rassismus in dieser Gesellschaft falsch ist.

Sie wurde auch zum Symbol für die schwarzen Menschen für ihre Selbstbestimmung. Die meisten revisionistischen weißen Linken verurteilten sie als „Terroristin", unterstützten sie oder andere Genossinnen und Genossen der Black Liberation Army **nicht** — nur einige wenige von uns glaubten und glauben weiterhin, daß der Kampf um revolutionäre Veränderung ihre Wurzeln bei den Unterdrückten hat —, und eine Linke, die über Rassismus und Chauvinismus definiert wird, ist überhaupt keine Linke. Das sind die gleichen Leute, die aufgrund ihrer Unterstützung der schwarzen und puertoricanischen Revolutionäre in ein antagonistisches Verhältnis zum Staat stehen und das Ziel einer starken Repression sind.

Diese Woche (Ende Oktober) ist es zehn Jahre her, seit Assata befreit wurde. Jetzt, wo sie in Kuba politisches Asyl bekommen hat, muß die Linke sie anerkennen. Aber wir, wo viele von uns hier als Ergebnis der Solidarität in den Gefängnissen sitzen, kämpfen darum, daß die Akzeptanz für sie auch als Bestätigung für uns gelten muß.

Was jetzt zu Assata das Wichtigste ist, ist, daß sie jetzt eine Sprecherin der breiteren Black Revolutionary Forces ist, und es gibt einen Vereinigungsprozeß, der sehr, sehr wichtig ist, wenn hier etwas vorankommen soll.

Die Situation der schwarzen Menschen in Amerika ist ein tatsächlicher Völkermord. Der „Krieg gegen Drogen" der US-Regierung ist in Wirklichkeit ein Krieg gegen die schwarze Gemeinde. Die Lebensbedingungen — angefangen von Bildung bis Gesundheitsfürsorge — sind jetzt für die meisten schwarzen Menschen **schlechter** als sie seit dem Börsenkrach in den 30er Jahren waren.

Es ist eine Gesellschaft in einer starken sozialen Krise, und es gibt fast keine revolutionären Vorstellungen, Alternativen oder Führung. Zum Teil ist die schwarze Bewegung in einem Rennen gegen die Zeit, um sich zu organisieren, um das Ersticken der Menschen zu verhindern.

Ich hoffe, das ist klar und verständlich — falls nicht, sag es mir, und ich werde es einfacher und besser erklären.

...

Venceremos
Susan

Interview mit einem Machetero

Vor sieben Jahren fand der Überfall auf Wells Fargo in Hartford, Connecticut, statt, der 7,2 Mio Dollar Gewinn brachte. 1985 bekannten sich Los Macheteros, Teil der Unabhängigkeitsbewegung für Puerto Rico, die seit 1976 bewaffnete Angriffe auf FBI und US-Militäreinrichtungen auf der Insel durchführen.

Filiberto Ojeda Rios, Gründer der Macheteros, ist zur Zeit unter Anklage der Bundesregierung in Hartford, und er wird beschuldigt, die Wells Fargo Aktion mitgeplant zu haben. Am 30. August 1985 wurden er und 14 weitere independistas frühmorgens bei einer Razzia, durchgeführt von 225 FBI-Agenten und puertoricanischer Hilfspolizei, verhaftet.

Ojeda verbrachte 46 Monate in Untersuchungshaft, die längste Haft vor einem Prozeß in der US-Geschichte. Seitdem er auf einer kaution von 1 Mio. US-Dollar draußen ist, werden alle seine Aktivitäten vom FBI mit Hilfe einer elektronischen Fessel an seinem Fußgelenk überwacht. Er darf San Juan (Hauptstadt Puerto Ricos) nicht ohne die Erlaubnis des Richters in Hartford verlassen, muß sich täglich dem Gericht vorstellen und unterliegt strengen Ausgehungsbeschränkungen.

Die Macheteros wollen mit ihren Aktionen den Blick der internationalen Öffentlichkeit auf Puerto Ricos Kolonialstatus richten und die USA zwingen, sich von der Insel zurückzuziehen.

Das folgende Interview wurde im Nacla vom August veröffentlicht. Ojeda hat sich inzwischen seiner Fessel entledigt und ist untergetaucht.

Die Wells Fargo Verhandlung wurde um zwei Jahre verzögert, wann wird sie beginnen?

Einige wichtige Dinge sind passiert. Im Juli 1988 hat der Distriktsrichter in Hartford Beweismaterial nicht zugelassen, das das FBI durch elektronische Überwachung bekommen hatte, weil die Bänder nicht sofort versiegelt wurden, wie es das Gesetz verlangt. Das FBI verzögerte die Versiegelung für 84 Tage, Zeit genug also, um die Inhalte in ihrem Labor in Washington zu verändern.

Die Staatsanwälte legten sofort beim Landgericht Berufung ein. Die drei Richter untersuchten den Fall gründlich und stimmten einstimmig der Entscheidung des Distriktgerichtes zu. Gegen dieses Urteil wurde wiederum Berufung eingelegt, diesmal vorm Verfassungsgericht, bei deren Verhandlung am 28. 2. 90 wurde der Fall an das Landgericht mit der Auflage zurückgewiesen, weitere Untersuchungen anzustellen, ob die Regierungsbeamten (vom FBI) mit Erlaubnis handelten.

Die Tatsache, daß drei erfahrene Richter des Landgerichtes und der Distriktrichter einstimmig urteilten, daß das FBI die Richtlinien für elektronische Überwachung verletzt hatte, macht die Annahme der Berufung sehr verdächtig. Das zeigen die Absichten des Verfassungsgerichtes, entweder das Landgericht unter Druck zu setzen, damit dieses die Regierungsposition rechtfertigt und Bänder als Beweismaterial zuläßt, oder sie wollen vermeiden, die Verantwortung für die Verurteilung des FBI für den offensichtlichen Rechtsbruch zu übernehmen.

Dies ist ein wichtiger Fall. Denn was auch immer vom Verfassungsgericht entschieden wird, bedeutet ein bindenes Präzedenzurteil in den USA. Wenn die Beweise unterdrückt werden, können andere verfolgte Organisationen, die Opfer ähnlicher Rechtsverletzungen durch das FBI waren, auch in Berufung gehen.

Das ist der Stand der Dinge. Wir warten auf die Entscheidung der Gerichte, und der Prozeß könnte im September in Hartford beginnen.

Vor kurzem wurdest Du in einem wichtigen Prozeß in Puerto Rico freigesprochen.

Ja, am 26. 8. 89. 1985 wurde ich wegen Widerstandes gegen meine Verhaftung und Körperverletzung von zwei FBI-Agenten während eines FBI-Angriffes auf mein Haus angeklagt. Während des Prozesses gaben sie zu, daß sie mich ermorden wollten. Es war ein sehr wichtiger Prozeß. Die Medien berichteten täglich darüber, und das puertoricanische Volk begann sich zu beteiligen. Dieser Prozeß sprach viele Punkte an, wie Sprache und Auswahl der Geschworenen. Die meisten PuertoricanerInnen sprechen kein englisch, aber Bundesgerichtsverhandlungen müssen in englisch geführt werden. Mögliche Geschworene wurden vom Richter nach ausreichenden Englischkenntnissen befragt. Das war für viele Leute anstößig. Ich habe mich auf spanisch verteidigt, weil ich das Recht habe, mit meinem Volk spanisch zu reden.

Hauptverhandlungspunkt war, daß hier ein Prozeß eines independistas gegen die Institution FBI stattfand. Die Geschworenen, alles puertoricanische ArbeiterInnen, haben dies klar erkannt. Sie fällten eine historische Entscheidung: Sie sprachen mich einstimmig frei.

Wieso hast Du Dich den Macheteros angeschlossen?

Das FBI hat die Repression in unserem Land institutionalisiert. Sie haben subversive Listen mit über 150000 independistas aufgestellt, die sich oft ohne Arbeitsstelle wiederfanden. FBI-Agenten organisierten und trainierten Todesschwadronen innerhalb der puertoricanischen Polizei.

Los Macheteros sind eine im Untergrund arbeitende Organisation, die sich 1976 gründete. Sie führen einen bewaffneten Kampf gegen die US-Repression in Puerto Rico. Das ist eine Fortführung unseres langen Kampfes für Unabhängigkeit. Menschen, die an die Unabhängigkeit glauben, müssen sich gegen die Repression schützen, der Untergrund ist diese Art von Schutz. Natürlich bedeutet Untergrund nicht, sich vor dem Volk zu verstecken, sondern vor den repressiven Kräften. Man muß mit dem Volk verbunden sein, um dem Ziel der Unabhängigkeit näherkommen zu können.

Ein Zweig der Los Macheteros organisiert zu konkreten Themen in Gemeinden. Z. B. unterstützen wir HausbesetzerInnen und streikende ArbeiterInnen. Ein anderer Zweig der Organisation führt militärische Aktionen, z. B. Angriffe auf US-Militärbasen, in Puerto Rico durch.

Du beziehst Dich auf die Repression in Puerto Rico. Was hast Du persönlich erlebt?

Das erste Mal bin ich für einen Tag verhaftet worden, in New York während einer Demonstration gegen die Schweinebuchtaktion gegen Kuba. Dann, als ich versuchte, nach Kuba zu reisen, drohte mir das FBI mit fünf Jahren Knast und 5000 US-Dollar Geldstrafe. Während ich in Kuba war, wurde meine Familie vom FBI über meinen Aufenthaltsort befragt. Ich wurde 1970 durch das FBI verhaftet, und sie beschuldigten mich, ein kubanischer Agent zu sein. Außerdem begannen sie eine Hetzkampagne gegen mich, daß ich für Kuba und nicht fürs puertoricanische Volk arbeite. Über Jahre hinweg wurde meine ganze Familie vom FBI aufgesucht. Die Wohnung meiner Schwester in New York wurde mehrere Male durchsucht, es fehlte nichts, aber sie richteten ein großes Durcheinander an. Meine Brüder wurden an ihren Arbeitsplätzen belästigt. Das FBI versuchte alles, damit sie gefeuert würden.

In den frühen 80ern begann das FBI mich permanent zu überwachen. Sie brachten Wanzen in meinem Haus, meinem Auto an und hörten mein

Telefon und die öffentlichen Telefonzellen gegenüber unseres Hauses ab. Sie folgten mir zu Fuß, mit dem Auto und sogar im Flugzeug. Dann, 1985, griffen sie mein Haus an. Sie sagten, um mich zu verhaften, aber ich bin davon überzeugt, daß sie mich umbringen wollten. Sie kamen gekleidet in Militäranzügen, mit bemalten Gesichtern und Panzerfäusten. Sie kontrollierten den ganzen Stadtteil von der Luft aus, als wäre es eine militärische Kommandooperation.

Geschah das in Verbindung mit Deiner mutmaßlichen Beteiligung an dem Wells Fargo-Zwischenfall 1980?
Ja, das ist richtig, aber die Überwachung war Teil ihrer Untersuchung der Macheteros als politische Organisation. 1985 erklärten sich die Macheteros verantwortlich für die Aktion in Hartford. An dem Punkt änderte das FBI seine Ermittlungstaktik; anstatt uns politische Aktivitäten in Puerto Rico vorzuwerfen, beschuldigten sie uns, kriminelle Verschwörung und Diebstahl begangen zu haben. Sie könnten uns in Hartford vor Gericht stellen, obwohl sie mutmaßen, daß die Verschörung in Puerto Rico stattgefunden hat. Das ist einer der Gründe, weshalb wir die Verlegung des Gerichtsortes fordern. Wenn wir einen fairen Prozeß bekommen, dann in Puerto Rico und nicht in Hartford.

Die Bush-Regierung hat eine Volksbefragung vorgeschlagen, um herauszufinden, ob Puerto Rico ein Commonwealth bleibt oder den Rang eines Staates erhält oder ob es unabhängig wird. Wie haben die puertoricanischen independistas darauf reagiert?
Es gibt zwei Richtungen unter den independistas. Eine ist die der puertoricanischen Unabhängigkeitspartei *(eine von Puerto Ricos drei größeren Parteien, sozialdemokratisch und pro-Unabhängigkeit. Die anderen zwei sind die pro-Staat Neue Progressive Partei und die pro-Commonwealth Populäre Demokratische Partei — Anm. von Nacla)*, die sich an der Volksbefragung beteiligen will und überzeugt ist, daß Washington nicht den Status eines Staates zuerkennen wird, selbst wenn diese Möglichkeit gewinnt. Wir meinen, daß diese Position nicht nur ein schwerer Fehler, sondern auch eine gefährliche Strategie ist, weil es jeden Funken von Kampf zerstreut. Wenn der Status eines Staates nicht zuerkannt wird, selbst wenn es eine große Mehrheit gewinnen würde, weshalb sollten wir es dann bekämpfen? *(Ich gehe davon aus, daß unter Staat hier Bundesstaat der USA bedeutet — Anm. d. Ü'in)*

Es deutet alles darauf hin, daß es Angebote und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zwischen der US-Regierung und Führern der beteiligten Parteien gibt. Die PIP (Unabhängigkeitspartei) glaubt inzwischen, daß die USA keine Absicht haben, unsere Nation als Bundesstaat einzufügen, und das ist genau die Linie, die unser Volk zu hören bekommt. Gleichzeitig führt Präsident Bush aktiv eine Kampagne für den Status als Bundesstaat durch.

Die zweite Richtung, die von anderen independista-Organisationen favorisiert wird, ist ein Boykott der Volksbefragung, weil wir es für illegitim halten, eine Volksbefragung ohne Freiheit durchzuführen, es wäre eine Manipulation des puertoricanischen Volkes. Es ist eine Volksbefragung, um die Weltöffentlichkeit zu beruhigen, um den Druck für Entkolonialisierung zu schwächen. Die Vereinten Nationen haben festgesetzt, daß eine Übergabe der Macht vor der Durchführung einer Volksbefragung erfolgen muß. Es muß erst einen Prozeß geben, der es Menschen möglich macht, frei zu denken und Kontrolle über ihr Leben zu haben. Erst dann — und das kann Jahre dauern — können wir legitim eine Volksbefragung durchführen.

Zum Beispiel gehört fast die gesamte Industrie in Puerto Rico Finanzimperien der USA. US-Pharma- und Elektrounternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft. Die Leute haben Angst, daß eine Unabhängigkeit diese Unternehmen vertreiben könnte. Mit einer offiziellen Arbeitslosenrate von über 20 %, die in Wirklichkeit eher bei 40 % liegt, haben die Leute Angst um ihren Arbeitsplatz, ums Überleben. 65 % der puertoricanischen Familien bekommen Lebensmittelmarken *(Sozialhilfe in Form von Lebensmitteln — Anm d. Ü'in)*. Der Fluß von Steuergeldern in das Land ist derart hoch, daß die Regierung fast jede puertoricanische Familie in der Hand hat. Wie kann eine legitime Volksbefragung unter solchen Bedingungen durchgeführt werden, wenn es ein Abhängigkeitsgefühl von einer Kolonialmacht wie dem nordamerikanischen System gibt?

Gibt es einen Plan der Macheteros für eine wirtschaftliche Unabhängigkeit?
Im März 1984 haben wir ein Programm für die nationale Rekonstruktion erstellt, der die wirtschaftliche Macht in puertoricanische Hände übergeben soll. Unsere Ziele sind nationalistisch und pluralistisch, nicht der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft, sondern eine Reform des kapitalistischen Systems mit Teilen eines sozialistischen Programms. Wir schlagen eine gemischte Wirtschaft vor, die Privatwirtschaft, Kooperativen und öffentlich kontrollierte Unternehmen kombiniert. Zur gleichen Zeit zeigten wir auch unsere Bereitschaft, mit Industrie, die ausländischem Kapital gehört, zu verhandeln, um ihre Kooperation für einen Plan nationaler Rekonstruktion zu erhalten.

Um ein solches Programm durchführen zu können, ist politische Macht notwendig. Wir wollen die Einführung einer wirklichen Demokratie sicherstellen, in der alle Sektoren der Gesellschaft, insbesondere solche, die traditionell ignoriert und ausgebeutet werden: die ArbeiterInnen und die Armen im allgemeinen, vertreten sind. Das Wichtigste wäre, eine provisorische Regierung einzusetzen und einen Kongreß, um eine breite Diskussion zu beginnen über die Art von Regierung und welche Art von System die PuertoricanerInnen wollen.

Dies ist nicht das erste Mal, daß die USA eine Volksbefragung in Puerto Rico vorschlagen.
Nein, dies ist die dritte Volksbefragung in weniger als 40 Jahren. Die erste, 1952, hatte das gegenwärtige Commonwealth zur Folge. Aber es hat nichts gelöst. Arbeitslosigkeit, Korruption, Kriminalität, Drogenabhängigkeit, Geisteskrankheit — alle diese Probleme wurden größer. Die zweite Volksbefragung war 1967. *(1967 stimmten 60,4 % für den Commonwealth, 39,0 % für den Bundesstaat und ,6 % für die Unabhängigkeit. Mit einer Enthaltung von nahe 30 % und mit den meisten independistas und einigen pro-Bundesstaat-Gruppen, die die Abstimmung wegen FBI-Einmischung boykottierten — Anm. von Nacla)* Das FBI versuchte die verschiedenen Parteien zu manipulieren, indem es Konflikte zwischen ihnen schaffte und mögliche Beteiligungen von independistas verhinderte. Es war eine Farce. Die Tatsache, daß jetzt von einer dritten Volksbefragung geredet wird, zeigt, daß die ersten beiden völlig nichtssagend waren. Genauso wie diese ohne Bedeutung sein wird.

Ist die Massenbewegung bereit für einen nationalen Kampf?
Die Zusammenarbeit von progressiven Gruppen in Puerto Rico kann kaum als solidarisch bezeichnet werden. Kolonialismus und FBI-Aktivitäten haben für eine Zersplitterung gesorgt, durch das Hochspielen von Nebensächlichkeiten oder starken persönlichen Angriffen. Kolonialismus hat viele Wege, eine Gesellschaft, die nicht nur von ihren Produktionsmöglichkeiten, sondern auch von ihrem nationalen Bewußtsein und Selbstbewußtsein entfremdet ist, zu zersplittern. Sogar die, denen die Arbeitsweise des Kolonialismus bewußt ist, verlieren den Glauben an den Kampf des Volkes und werden demoralisiert. Individualismus, Arroganz, Mißtrauen, persönliche Konflikte und Manipulation — all dies beeinflußt die Massenorganisierung. Die Feinde des Volkes, allen voran das FBI, ernten diese Saat der Teilung und vertiefen den Riß.

Trotz alledem gibt es die objektive Realität, nämlich die einer Kolonie, deren Situation sich tagtäglich verschlechtert, die die Bewegung des puertoricanischen Volkes Richtung Freiheit und wahrer Demokratie führt. Die enorme Anzahl von Arbeitslosen, die hohe Kriminalitätsrate und allgemeine Korruption, die Verschlechterung der Ausbildung und der Gesundheitsversorgung, die von vornherein schlecht waren, die hohen Lebenshaltungskosten, die ökologische Verschlechterung und Umweltverschmutzung — alle diese Elemente puertoricanischer Lebensrealität beschreiben den Weg für die progressiven Kräfte und die realen Möglichkeiten für Einheit.

Es gibt eine starke Entwicklung hin zu einer Organisierung auf lokaler Ebene zu den unterschiedlichsten Themen, die die Leute zusammenbringt. Als Resultat davon entstanden Hunderte von unabhängigen lokalen Organisationen. Und es gibt eine Bewegung dahin, all diese lokalen Organisationen in eine breite Front zu vereinigen, die auf nationaler Ebene die Arbeit zu nationalen Themen koordinieren soll . . .

Nacla, New York, August 1990

entnommen aus: ides — Informationsdienst El Salvador, Nr. 509 vom 9. 11. 90

Chalatenango, Jabaliyah, Hafenstraße, Loisaida

Befreites Gebiet

Mehr als die Abwesenheit von Angst
die Liebe zwischen uns
mehr als der Raum um uns
der Platz, der unserer ist
dieses Lager, unsere Straße
unsere Hängematten, unser Haus,
unsere Leben, diese Zelle
ein Terrain von Beziehungen
wo die Verschwörung beginnt
und wohin sie zurückkehrt
wir tragen sie mit uns
zum nächsten besetzten Haus
in las guindas
zu den Flüchtlingslagern
zu den Knästen

mehr als der Raum zwischen uns
überhaupt kein Vakuum
der Ort, an dem sich unsere Augen trafen
ein Fluß, ein Traum
ich gehe dort mit dir
an der Elbe entlang,
in Chalatenango, Jabaliyah
unter den Flutlichtern
in diesem Gefängnishof
unter vier Sternen und einem Viertel Mond
wo wir hingehen
um das zu tun
was getan werden muß
wo wir das philosophische Problem des anderen lösen
in der Armenküche, dem konspirativen Unterschlupf,
dem Krankenhaus, dem Frauenhaus,
in der Guerilla

befreites Gebiet

der Platz
wo unsere Augen sich treffen werden
eine Beziehung aus Gerechtigkeit
ein Versprechen entstanden aus Ehrlichkeit
ein Haus aus Steinen gebaut
eine verteidigbare Position
mehr als die Kraft in uns

8. November 1989
Tim Blunk

Anmerkungen: Chalatenango ist ein Ort in El Salvador, Jabaliyah ein Dorf im Gaza-Streifen, von dem die Intifada ausging.

Adressen von politischen Gefangenen in den USA

Gefangene im Resistance Conspiracy Case:
— Susan Rosenberg, 03684-016, PMB-7007, Shawnee Unit, Marianna, Florida 32446.
— Marilyn Buck, 00482-285, PMB-7007, Shawnee Unit, Marianna, Florida 32446.
— Linda Evans, 19973-054, FCI Pleasanton 5701, 8th. St. Camp Parks, Dublin, California 94566.
— Tim Blunk, 09429-050, USP Marion, P.O. Box 1000, Marion, Illinois 62959.
— Laura Whitehorn, 22432-037, FCI Lexington, 3301 Leestown Road, Lexington, Kentucky 40511.
— Alan Berkman, 1901 „D“ St. S.E., 233-315, Washington D.C. 20003.

Mumia Abu-Jamal, AM-8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652.

Gefangene MOVE-Frauen
— Consuella Dotson Africa, 6434
— Sue Léon Africa, 6309
— Janet Holoway Africa, 6308
— Debbie Sims Africa, 6307
— Merle Austin Africa, 6306
— Ramona Johnson Africa, 7564
P.O. Box 180, Muncy, PA 17756.

Fortsetzung von Seite 2
unsere angehörigen berechtigte sorgen um unser leben machen, hier mit so einer drecksgeschichte anzukommen.

er meinte, er würde sehen, was er tun kann, und das wars dann.

ich habe mich gefragt, ob es nicht ein fehler war, mich überhaupt nochmal auf ein gespräch einzulassen. es ist ja klar, daß ich niemals in der hand habe, was er weiterträgt und wie das benutzt wird zum einen. zum anderen schicken sie ihn natürlich auch wieder, wenn sie mitkriegen, daß ich auch mit ihm rede. das war jedenfalls das letzte mal. da gibt es auch nichts mehr zu reden.

bis bald, liebe und kraftvolle grüße

luiti

Repression, Verhaftungen

Neues Verfahren gegen das Angehörigen-Info

Gegen die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des Angehörigen-Infos 52 ist — wie wir mittlerweile erfahren haben — ein § 90a-Verfahren („Verunglimpfung/böswillige Verächtlichmachung der BRD") eingeleitet worden. Noch ist uns nichts Genaueres dazu bekannt; wahrscheinlich bezieht sich das Ermittlungsverfahren auf den darin abgedruckten Brief der Angehörigen an die Leserinnen und Leser des Angehörigen-Infos.

Der letzte § 90a-Prozeß gegen das Angehörigen-Info endete für Heidi Hinrichsen und Christiane Schneider mit einem Freispruch. Die Staatsanwaltschaft war jedoch in Berufung gegangen. Der Termin für die **Berufungsverhandlung** ist vom zuständigen Landgericht nun festgesetzt worden auf den 7. März, 9 Uhr, Luxemburger Str. 101, Zimmer 5 (Erdgeschoß). Diejenigen, die zum Prozeß kommen wollen, sollten sich vorher noch kurz bei uns (Adresse und Telefonnummer siehe Impressum) erkundigen, ob es bei diesem Termin bleibt oder ob er doch noch verlegt wird.

Nürnberg: Bericht zur Verhaftung von Sven und den Hausdurchsuchungen am Morgen des 19.2.

Laut B.-Angaben wurde Sven dienstags um 2.10 Uhr vom MEK beim Vorbereiten einer Aktion mit drei Mollis und eiem Pflasterstein am Nürnberger Einwohnermeldeamt festgenommen. Der wirkliche Verlauf der Verhaftung ist unklar, weil Sven bisher noch nichts dazu gesagt hat. Schon Tage vorher wurde unser Haus immer wieder observiert — das war uns bekannt. Um 4.30 Uhr stürmten dann zehn B. unsere Wohnung. Aus dem Schlaf gerissen, wurden Gabor (der zu Besuch war) und ich sofort getrennt. Gründe für unsere erklärte Verhaftung wurden nicht genannt. Mit Griffachter hinten haben die uns dann auf die Erlenstegener und mich auf die Rathauswache geschleppt. Zuvor konnte ich noch meinen Nachbarn rausklingeln, der dann bei der stundenlangen Hausdurchsuchung da blieb. Die sechs Staatsschutztypen haben die ganze Wohnung vom Ofen bis unter die Fußbodenbretter zerlegt. Mitgenommen haben sie jede Menge Telefonnummern, Adreßbücher, Tagebücher und andere Aufzeichnungen, einen Ordner mit Angehörigen-Infos, Flugis usw., Schreibmaschine, Spiritus, Petroleum und so Zeugs, eine Luft- und eine Gaspistole, einen Plasterstein und Kracher. Ein Beschlagnahmebeschluß wurde nicht ausgehändigt. Auf der Wache wurde uns das erste Mal gesagt, daß ein Ermittlungsverfahren „wegen Beihilfe zu einem versuchten schweren Brandanschlag" gegen uns läuft. Um 12.30 Uhr kamen wir dann wieder raus, wußten aber noch gar nichts von Svens Verhaftung — erst über die Rechtsanwältin erfuhren wir davon. Am Mittwoch wurde Sven dem Haftrichter vorgeführt und Haftbefehl „wegen versuchter schwerer Brandstiftung" erlassen — Sven hat keinerlei Aussagen gemacht. Der zuständige Haftrichter hat „vorerst" für die ersten drei Wochen eine absolute Besuchs- und Postsperre gegen Sven angeordnet. Nicht mal seine Eltern dürfen zu ihm rein.

Berichten der B.-Pressesprecher zufolge laufen deren Ermittlungen auch im Zusammenhang mit den beiden Aktionen gegen das türkische Konsulat und der Aktion gegen das Einwohnermeldeamt in der Nacht vom 12.2. zum 13.2. (alle Aktionen liefen mit Molotovcocktails).

Am Donnerstag abend lief eine spontane Solikundgebung mit ca. 40 Leuten vorm Knast. Sie war gut laut, mit vielen lieben Grüßen an Sven, Krachern und Leuchtraketen. Gefangene haben gewunken und zurückgerufen; bis dann die Knastsirenen losheulten und die Leute in Begleitung von Streifenwagen geschlossen zu einer Kneipe liefen.

Am Samstag läuft eine Bündnisdemo gegen den Golfkrieg. Sie wird auch zum Knast gehen. Zeitgleich zu der Hausdurchsuchung hier lief noch eine in Kühlenfels, in dem Kaff, wo Gabor wohnt.

Wer Sven schreiben will:

Sven van Londen, c/o U-Haft, Bärenschanzstr. 68, 8500 Nürnberg 80.

Liebe und Kraft den Gefangenen!

Solidarität mit den politischen Gefangenen!

Infobüro Nürnberg im KOMM, c/o Netzwerk, Moltkestr. 13, 8500 Nürnberg (Postadresse), Tel.: (0911) 22 65 98.

Redebeitrag auf der Knastkundgebung am 23.2. in Nürnberg

Die Knastkundgebung war der Abschluß der Bündnisdemo gegen den Golfkrieg. Auf der Demo, die durch einen Teil der Stadt ging, waren ca. 1500 Menschen, am Knast noch um die 500. Auf der Kundgebung liefen zwei Redebeiträge, viele Parolen und zum Schluß Musik, die Sven gerne gehört hat. Von den Gefangenen kam auch viel an Reaktion: Sie haben brennende Sachen aus den Zellenfenstern geworfen, gewunken und zurückgerufen. Den Kundgebungsbeitrag bekamen wir vom Nürnberger Infobüro.

Hallo. Wir sind heute hier, weil wir den Sven grüßen und ihm viel Liebe und Kraft geben wollen — und natürlich auch euch allen anderen Gefangenen. Wir, das sind so ca. 500 Menschen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen, die heute zusammen gegen den Krieg am Golf demonstrieren. Der Sven, der jetzt da drin hockt, ist am Dienstag verhaftet worden. Der Sven war auch einer in der Mobilisierung gegen den Krieg, wir waren mit ihm auf den Demos und auch bei anderen Initiativen.

Die B. behaupten, sie hätten ihn bei der konkreten Vorbereitung eines militanten Angriffs gegen's Einwohnermeldeamt in Nürnberg erwischt. Beim Einwohnermeldeamt ist auch noch die Ausländerbehörde mit drin, beide Institutionen haben hier ne wichige Funktion. Aber dazu kommt danach noch ein Extra-Beitrag.

In der gleichen Nacht sind noch zwei andere Menschen verhaftet worden. Der Micha, der mit dem Sven zusammenwohnt, und ich, der zufällig dort in der Wohnung gepennt hat. Das hat den B. ausgereicht, um uns beide stundenlang festzunehmen, unsere Sachen komplett durchzuwühlen und uns ein Verfahren wegen Beihilfe zu einer versuchten schweren Brandstiftung anzuhängen.

Es gibt natürlich total viel zu sagen, aber ich will mich auf ein, zwei Sachen konzentrieren — deshalb kann's sein, daß dem/der einen oder anderen das eine oder andere fehlt.

Seitdem wir beide wieder aus den B.-Zellen draußen sind, haben wir uns vor allem mit auseinandergesetzt, wie's dem Sven wohl geht, wie wir ihm Kraft geben können, daß er spürt, daß er dadrin nicht vergessen ist, wie wir seine Lage verändern können. Wir haben da nicht nur isoliert am Sven überlegt — denn es gibt ja noch ganz viele andere Gefangene aus dem Widerstand und aus der RAF. Gefangene, die seit Ewigkeiten in Einzelisolation oder Kleingruppenisolation sitzen und schon sehr lange darum kämpfen, in großen Gruppen zusammengelegt zu werden. Klar, als wir zwei da getrennt in den Zellen lagen, mit dem Gedanken: vielleicht für Jahre, da ging uns das nochmal ganz besonders unter die Haut. Ja, wir haben's halt einfach total gespürt, daß, wenn wir schon nicht raus können, wir doch am liebsten zusammen wären.

Und als wir wieder draußen waren, haben wir ganz viel Solidarisches von anderen mitgekriegt, daß viele helfen wollen, was machen wollen. Das erste, was daraus entstanden ist, war die Kundgebung

Donnerstag nacht vorm Knast. Habt Ihr dadrin ja sicher alle mitgekriegt. Und heute eben sind wir gleich mit der ganzen Demo gekommen.

Wir haben aber auch noch was anderes mitgekriegt: Nämlich daß Leute gesagt haben, sie wären nur dann mit dem Sven solidarisch, wenn sich rausstellt, daß er keinen militanten Angriff machen wollte, also daß die B. sozusagen lügen — was ja auch nicht das erste Mal wäre. Das finden wir ziemlich finster.

Ich will jetzt nicht abstrakt über Solidarität reden. Ich will nur sagen, wie es für uns ist. Wir sind mit allen Unterdrückten solidarisch — und das sind heute überall genau die, die von unten um die Wiederherstellung ihrer Selbstachtung, Würde und um menschliche Nähe kämpfen. Die um eine am Menschen orientierte Gesellschaft kämpfen. Ob in Palästina, Südafrika oder ob hier, in den reichen Ländern des Nordens. Ob bewaffnet, in Volksaufständen, auf Demos oder als Gefangene in den Löchern. Wir sind überall mit dem gleichen Feind konfrontiert — mit dieser monströsen Maschine, die jetzt da unten am Golf ihre neue Weltordnung herbeibomben will und die hier, in ihren Zentren, durch soziale Entwurzelung, Vereinsamung und Entfremdung aller menschlichen Bedürfnisse die Menschen auspowert. Der Mensch soll zum Teil dieser Maschine gemacht werden, soll zur Funktion für sie werden. Die Erfahrung haben ja ganz viele hier: daß du ewig und überall funktionieren sollst — und daß du es irgendwann mal satt hast. Wir sind mit jedem/r solidarisch, der/die von (ihnen) niedergeschlagen wird.

Das habe ich jetzt auch deshalb so ausführlich gesagt, weil gerade jetzt, wo sie den Krieg gegen die arabischen Völker noch weiter eskalieren und ausweiten und gerade hier, in der BRD, der Drehscheibe für den militärischen Nachschub der NATO-Truppen am Golf, für ganz ganz viele die Fragen, wie wir hier das Kräfteverhältnis schaffen, um den Krieg wirklich zu stoppen, total brennend ist. Also die Frage nach unserem weiteren Handeln, wie wir die Kriegsmaschine wirklich lahmlegen können. Die Frage, wie wir uns durchsetzen können, gegen ihre Macht. Das werden ganz konkrete Fragen sein, und das meiste wird sich sicher auch nur in der ganz konkreten Praxis entscheiden — aber eins ist sicher: Es wird nur als Angriff gegen die bestehenden Machtverhältnisse hier gehen. Auf allen Ebenen, mit unterschiedlichen Mitteln und in verschiedenen Formen. Und dafür brauchen wir uns alle, da werden wir auch keine/n ausschließen — und wir würden auch total gerne haben, daß der Sven jetzt hier draußen bei uns sein könnte, so wie alle anderen Gefangenen aus dem Widerstand und aus der RAF.

Krieg dem Krieg.
Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen.
Hoch die internationale Solidarität.
Power durch die Mauer, bis sie bricht.

Prozeßtermine

Kurdenprozeß

Die weiteren Termine im Kurdenprozeß vor dem OLG Düsseldorf, Tannenstraße, finden jeweils um 9.30 Uhr statt am Di, 12.3.; Mi, 13.3.; Di, 19.3.; Mi, 20.3.; Di, 25.3.; Mi, 26.3.

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Ebenfalls vor dem Düsseldorfer OLG geht der Prozeß gegen die beiden irischen Genossen weiter: jeweils um 9.15 Uhr am 1.3.; 7.3.; 14.3.; 15.3.; 21.3.; 22.3.

Prozeß wegen Knastkundgebung in Aichach

Am 14. März findet in Aichach der Prozeß gegen Karin und Petra aus Nürnberg wegen der Knastkundgebung im Juni 1990 in Aichach statt. Angeklagt sind die beiden wegen Widerstands u.a. Kommt zum Prozeß: Amtsgericht Aichach, Sitzungssaal 1 (1. Stock), um 10.45 Uhr!

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Hamburg. Vom 2. bis 3. März findet eine Aktionskonferenz gegen den Golfkrieg statt, die von dem Antifa-Arbeitskreis und dem SchülerInnenaktionskomitee gegen den Golfkrieg organisiert wird. Die SchülerInnenkammer unterstützt diese Konferenz. Arbeitsgruppen: Kurdistan, Rolle der BRD, Medien, Aktionen vor Ort usw. Beginn am 2.3. um 9 Uhr in der Jahn-Schule, Bogenstraße 34-36, Hamburg 13. Kontakt: SchülerInnenkammer Hamburg, Tel.: (040) 2984-2634).

Berlin. 5.3., 20 Uhr, SO 36, Oranienstraße 190, Veranstaltung zum Widerstand in den USA mit zwei Genossen aus den Anti-Kriegs- und Anti-Rassismus-Bewegungen in den USA. Videofilm über Mumia Abu-Jamal „Aus der Todeszelle — Hier spricht Mumia Abu-Jamal".

Darmstadt. 9.3., 17 Uhr, Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42, Solidaritätskonzert der Bunten Hilfe Darmstadt für Isabel Jacob und alle politischen Gefangenen. Inforäume zu Palästina, zu Irland und den politischen Gefangenen. Ab 19 Uhr Theater und Musik: Ernestine Zielke (Kabarett aus Bremen), Sondereinsatzkomödie (SEK) aus Köln und Musikgruppen. Eintritt 8 DM. Sofortige Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen! Zusammenlegung aller politischen Gefangenen! Stoppt den Krieg am Golf!

Hamburg. 11.3., 20 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg, Veranstaltung zum Widerstand in den USA mit zwei Genossen aus den Anti-Kriegs- und Anti-Rassismus-Bewegungen in den USA; Videofilm über Mumia Abu-Jamal „Aus der Todeszelle — Hier spricht Mumia Abu-Jamal".

Anzeigen

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM. Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 44863O-102.